WE DON'T SHUT UP, WE SHUT DOWN!

Erfahrungen und Gedanken rund um eine Kraftwerksblockade

WE DON'T SHUT UP
WE SHUT DOWN

WE DON'T SHUT UP
WE SHUT DOWN

We don't shut up, We shut down!

1. Aufdrehen und runterfahren - Hauptsache laut bleiben! 6

1.1 Banden bilden -warum in Kleingruppen organisieren? 10

Zusammen mehr erreichen – Der Bezugsgruppenreader 13

Zucker im Tank 13

2.1 Gute Vorbereitung ist die halbe Aktion 14

Scouting – mal um den (Kraftwerks-)Block ziehen 14

2. Kraftwerke vom Netz nehmen - eine (von vielen) Anleitung(en) 14

2.2 Auf die Plätze – fertig - los 16

2.3 Kraftwerksinfrastruktur – dem Kohlemonster ein Schnippchen schlagen 22

2.4 Jede technische Blockade hat eine Ende 27

2.5 Passt auf einander auf – passt auf euch selber auf 29

Out of Action 31

3.1 Solidarität organisieren 32

3. Auf eine Klage folgt eine Kampagne 32

Kohle unten lassen statt Protest unterlassen 32

3.2 Radikale Inhalte in die Mainstream-Presse tragen? 33

Handbuch Pressearbeit 37

4. Justiz für Konzerninteressen und wie wir damit umgehen können 40

4.1 Zivilrecht und Strafrecht – Who is Who im Gesetz 40

Die Anwaltskanzlei „Redeker, Sellner, Dahs" 41

4.2 Prozess-Strategie – Wohltat statt Straftat 42

4.3 Eine Bühne für ungehörte Stimmen - Zeug*innen und Sachverständige im Verfahren 46

4.4 Arbeitsteilung zwischen Anwält*innen und Aktivist*innen 48

4.5 Perspektive eines solidarischen Anwalts 49

4.6 Gedanken von Unerkannten 51

5. Wie weiter? 50

5.1 Zwei Millionen Euro Schadensersatz? Portokasse? 55

„Von uns kriegt- ihr nix"-Zine 57

5.2 Und wie geht's jetzt weiter? 58

Warum ein Zine?

Immer mehr Menschen weigern sich, sehenden Auges in die Klimakatastrophe zu steuern. Beindruckende 1,4 Millionen waren in Deutschland am 20.09.2019 auf der Straße, als FridaysForFuture zum Klimastreiktag aufgerufen hatte.

Als kurz darauf die Bundesregierung ihr Klimapaketchen auf den Weg geschickt hat, hat sich einmal mehr gezeigt: Regierungen werden das Problem nicht lösen, sondern verstärken – sie sind dem Schutz des Eigentums und den Kapitalinteressen der fossilen Industrie verpflichtet. Da der Druck auf der Straße so groß ist und die Handlungen der parlamentarischen Politik sich trotz alledem auf die immer gleichen Beruhigungs-Floskeln beschränken, ist es wahrscheinlich, dass die Skepsis zunehmen wird.

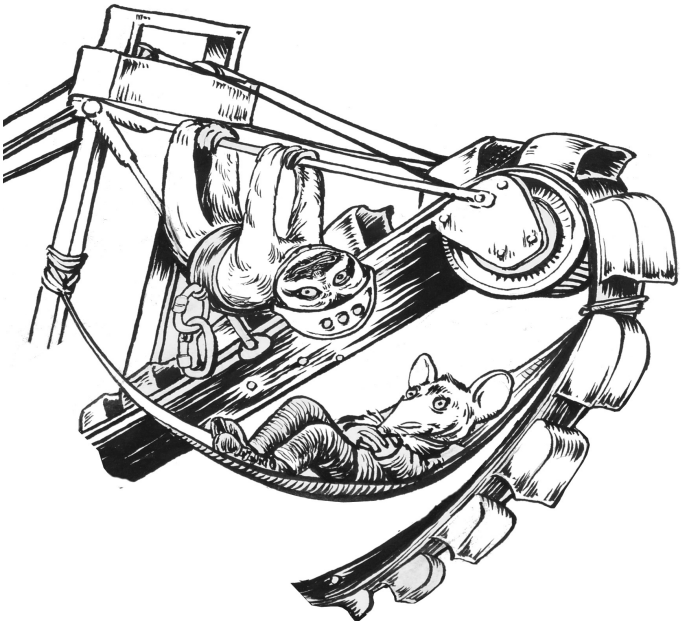
Vor allem eine sich politisierende Generation wird sich nicht mehr damit zufriedengeben, ausschließlich zu demonstrieren und die Schule zu bestreiken. Die Klimakatastrophe eröffnet das Potential, das Gesellschaftsmodell, in dem wir leben, grundsätzlich infrage zu stellen. Es ist zu vermuten, dass auch die Frage nach der Wahl der Mittel neu gestellt werden wird. Für einen radikalen Transformationsprozess muss auf vielen Ebenen Veränderung erwirkt werden, und ein breites Repertoire an Aktionsformen kann dazu einen Beitrag leisten.
Wir finden es wichtig, dass Bewegungswissen geteilt wird. In diesem Zine wollen wir eine direkte Blockade-Aktion mit ihren verschiedenen Facetten beleuchten und deutlich machen, dass oftmals auch nach einem vermeintlichen Ende einer Aktion noch so einiges ansteht. Es geht uns darum, die verschiedenen Aufgaben und Rollen innerhalb einer Aktion sichtbar zu machen. Im Laufe unserer Sozialisation wurde uns nahegelegt, dass Beziehungsarbeit im besten Fall ein Nice-to-have ist und vor allem weiblich gelesenen/sozialisierten Personen zugeschoben wird. Uns ist es wichtig, darüber zu sprechen, welch zentrale Rolle sie bei Aktionen spielt und warum wir ihr diese Wichtigkeit beimessen sollten – auch als Vorbotin der Gesellschaft, in der wir gerne leben möchten.

In der Broschüre versuchen wir, zu zeigen, dass eine Aktion oftmals einen Rattenschwanz mit sich bringt, der vielleicht nicht sofort augenscheinlich ist. Wie ist es für Menschen, die bei der Aktion nicht identifiziert wurden, aber Gefahr laufen, dass ihnen das

Warum ein Zine?

in der Zukunft noch passiert? Wie könnte ein Gerichtsverfahren politisch aufgezogen werden? Wie fühlt es sich an, nächtelang auf der Lauer zu liegen und einen industriellen Komplex auszuspähen? Wer schmeißt eigentlich die Küche, während andere im Plenum sitzen?
Wir hoffen, dass das Zine die ein oder andere Idee liefern kann, die in die Planung eigener Aktionen einfließen kann. Wir betrachten es als einen Diskussionsbeitrag über Aktionsformen der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Anmerkung zu Gendergerechter Sprache:
In unseren Texten wollten wir deutlich machen, dass Menschen vieler unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten existieren und Teil von Aktionsgruppen, Firmen, Institutionen ... sein können. Die einzelnen Beiträge im Zine stammen von unterschiedlichen Personen, die auf unterschiedliche Weise Gender-Vielfalt abbilden: zum Beispiel Gendern mit Sternchen („Aktivist*innen"), Abwechseln von männlicher und weiblicher Schreibweise („die eine oder der andere"), Gendern mit i-Endung („Anwalti"), ...



I. Aufdrehen und runterfahren - Hauptsache laut bleiben!

Die Morgendämmerung setzt gerade ein, als ein kleine Gruppe von Aktivist*innen auf das Betriebsgelände des Braunkohlekraftwerks Weisweiler zwischen Köln und Aachen läuft. Sie bringen die Kohleförderbänder zum Stillstand, errichten ein bekletterbares Treibein auf der Kohle-Förderanlage und ketten sich mit Lock-Ons auf der Anlage fest. Zeitgleich klettern an einer anderen Stelle auf dem Kraftwerksgelände Menschen in den Kohleverladekran, wodurch im gesamten Kraftwerk die Bänder gestoppt werden müssen. Die Kohleförderbänder sind die Lebensadern des Kraftwerks. Über sie wird von den Kohlebunkern die Kohle direkt zur Verbrennung ins Kraftwerk geleitet. Werden sie zum Stillstand gebracht, dauert es nicht lange, bis das Kraftwerk heruntergefahren werden muss. Das Kraftwerk Weisweiler, auf der Liste der größten CO2-Schleudern Europas auf Platz fünf, stand an diesem Tag für mehrere Stunden nahezu komplett still. Erst nachdem es der Technischen Einheit der Polizei gelungen war, die aufwändigen Blockade-Konstruktionen zu räumen, konnte das Kraftwerk wieder anlaufen.

Um sich durch Repression nicht ihre Handlungsfähigkeit nehmen zu lassen, weigerten sich die Aktivist*innen, ihre Personalien anzugeben und erschwerten die erkennungsdienstliche Behandlung. Letztendlich konnte nur ein Teil der Aktivist*innen identifiziert werden. Heute sehen diese sich mit einer Schadensersatzklage durch RWE konfrontiert – Eine Repressions-Maßnahme, auf die der Energiekonzern in diesem Ausmaß zum ersten Mal zurückgreift. Außerdem wird ihnen Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand und Hausfriedensbruch vorgeworfen. Neben fünf Aktivist*innen wird auch von einem Journalisten Schadensersatz gefordert, der die Aktion zur Berichterstattung begleitete: ein klarer Versuch, die Pressefreiheit einzuschränken.

Aktive Schadensbegrenzung

Der durch den Ausfall entstandene wirtschaftliche Schaden wird von RWE auf etwas mehr als zwei Millionen Euro veranschlagt, die sich der Konzern nun von den identifizierten Aktivist*innen einklagen möchte. Um diesen Prozess zu begleiten, hat sich die Kampagne WeDontShutUp gegründet.

Aufdrehen und runterfahren

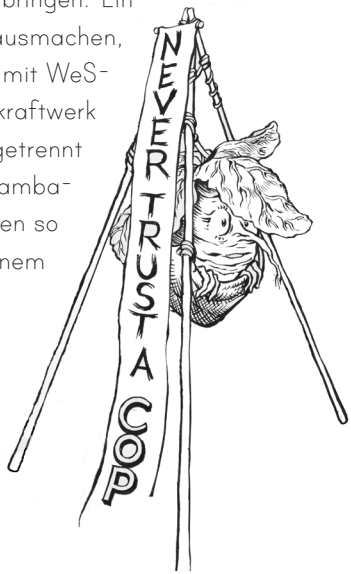
Aus unserer Perspektive konnte ein kleiner Teil des Schadens verhindert werden, der durch die Verstromung von Kohle überall auf der Welt angerichtet wird. Wir verstehen die Aktion als aktive Schadensbegrenzung. 26.000 Tonnen CO2 wurden durch die Blockade nicht ausgestoßen. Das entspricht dem durchschnittlichen CO2-Ausstoß von 2400 Menschen in Deutschland oder 270.000 Menschen in Äthiopien in einem Jahr.1 Wie viele Länder im Globalen Süden gehört auch Äthiopien – trotz des eigenen verschwindend geringen Anteils an der Klimakrise - zu einem der Länder mit den drastischsten Auswirkungen. Unsere Aktion steht in Solidarität mit den Menschen, die direkt von diesem neokolonialen und ungerechten Machtverhältnis zwischen Globalem Süden und Globalem Norden betroffen sind.

Klagend schreiten sie voran

Für RWE dürfte klar sein, dass sie, selbst wenn ihre Klage Erfolg hat, nicht darauf hoffen können, dass ihren Geldforderungen Folge geleistet wird. Sie wissen, dass bei den angeklagten Aktivst*innen keine zwei Millionen Euro zu holen sind und diese lieber unter der Pfändungsgrenze leben werden, als RWE Geld zu geben. Deshalb hat die Schadensersatzklage ausschließlich den Charakter einer Einschüchterungsmaßnahme. RWE will die vielzähligen ungehorsamen und direkten Aktionen im Revier eindämmen.

Auch auf strafrechtlicher Ebene wird der Ton rauer. In einem haarsträubenden Schauprozess wurde die Hambacher-Wald-Aktivistin Eule zu neun Monaten Haft verurteilt. Der Richter machte von Anfang an keinen Hehl daraus, dass sich das Urteil nicht nur gegen Eule richtet, sondern damit die gesamte Waldbesetzung abgestraft und abgeschreckt werden soll.

Wir sind uns sicher, dass es trotz der Aussicht auf Schadensersatzforderungen und Freiheitsstrafen auch weiterhin Aktionen geben wird, die direkt in die Kohleverstromung eingreifen und die Maschinerie zum Stillstand bringen. Ein Beispiel dafür ist die Aktion #Niederausmachen, bei der im Herbst 2018 vergleichbar mit WeShutDown ein weiteres Braunkohlekraftwerk (Niederaußem) von der Kohlezufuhr getrennt wurde. Während die Räumung des Hambacher Walds im vollen Gang war, wurden so Technische Einheiten der Polizei an einem anderen Ort gebunden.



Never trust a COP

Zeitgleich zur Aktion in Weisweiler fand in Bonn die COP23 (Confe-

rence of the Parties), die Klimakonferenz der UN, statt. Wie auch in den Jahren zuvor drehte sich das große Palaver der anwesenden Klimadiplomat*innen um marktbasierte und rein technische „Lösungsansätze". Allein die Tatsache, dass die globalen CO2-Emissionen nach wie vor weiter steigen, entlarvt den Mythos, der Klimawandel wäre durch marktbasierte Ansätze wie den Emissionshandel zu bändigen. Auch Technikgläubigkeit und die Hoffnung, dass die „Green-economy" den Karren aus dem Dreck zieht, versprechen keine Lösung. Denn danach sollen Emissionen in erster Linie durch effizienteren Umgang mit Ressourcen eingespart werden – unter Beibehaltung des kapitalistischen Normalzustands. Von Aktivist*innen wird die Antwort darauf unermüdlich wiederholt - „Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben". Nichts deutet zurzeit darauf hin, dass der sogenannte grüne Umbau innerhalb kapitalistischer Verhältnisse stattfinden kann. Die Machtverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Ordnung werden weiterhin dafür sorgen, dass beispielsweise die deutsche Autoindustrie fröhlich die größten Kutschen mit Verbrennungsmotor produziert und Deutschland Braunkohleweltmeister bleiben darf.

Und die Kohlekomission?

Angeblich haben sich nun seit dem Zeitpunkt der Aktion in Weisweiler die politischen Begebenheiten in Deutschland grundlegend verändert. Ist es nicht so, dass inzwischen ein Kohleausstieg in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess demokratisch erarbeitet wurde und beschlossene Sache ist? Hat die sogenannte Kohlekommission (eigentlich: „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung") nicht alle Akteur*innen gleichberechtigt miteinbezogen und legt jetzt einen konsensfähigen Kompromiss vor?

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hatte keinerlei Erwartungen an die Verhandlungen der sogenannten Kohlekommission. Von Anfang an war klar, dass es eigentlich darum ging, einen Konflikt zu befrieden, der den Herrschenden über den Kopf zu wachsen drohte. Der Bewegung ist es in jahrelanger politischer Arbeit gelungen, zu einer ernsthaften Gefahr für die Kohleindustrie und ihre politischen Erfüllungsgehilf*innen zu werden. Kohleausstieg, ein Schlagwort, das noch vor einigen Jahren vor allem auf Desinteresse gestoßen ist, ist heute fester Teil öffentlicher Diskurse. Der erfolgreiche Kampf um die Rodungssaison 2018 im Hambacher Wald hat gezeigt, dass auch radikale Positionen inzwischen Unterstützung aus der breiten Gesellschaft erfahren. In dieser Situation blieb den Herrschenden nicht viel mehr, als dafür zu sorgen, dass in einem vermeintlich demokratischen Prozess ein fauler Kompromiss erarbeitet wird. Die großen Umweltverbände haben dabei ihre Rolle ausgefüllt und waren sich nicht zu scha-

de, diesem Desaster-Plan die notwendige Rechtfertigung zu liefern, obwohl viele ihrer Basismitglieder damit nicht einverstanden waren. Jetzt kann zumindest behauptet werden, dass 2038 als endgültiges Ende der Kohle auch von denjenigen getragen wird, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung für die Belange der Umwelt einsetzen.

Für die Menschen, die weltweit vom Klimawandel betroffen sind, ist der sogenannte Kohle-Kompromiss vor allem ein Schlag ins Gesicht. Auch hier gilt: Diejenigen, die aufgrund globaler Machtverhältnisse und geographischer Gegebenheiten am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, hatten keinerlei Möglichkeiten der Einflussnahme, während den größten Verursacher*innen, wie RWE, bereitwillig Mitspracherecht gewährt wurde. Für die Entschädigung von RWE und den Strukturwandel im Revier sind Milliarden vorgesehen. Entschädigungszahlungen an diejenigen, deren Lebensgrundlagen von Wetterextremen oder ansteigendem Meeresspiegel zerstört werden, standen hingegen nicht einmal zur Debatte..

In Bewegung bleiben

Es ist an uns als Bewegung, den faulen Kompromiss der Kohlekomission zurückzuweisen und zu delegitimieren. Im Moment deutet nichts darauf hin, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung sich einhegen lässt und ab sofort darauf hofft, dass die Regierung den Klimaschutz in die Hand nimmt. Im Gegenteil – in einer hohen Frequenz gründen sich neue Klimagerechtigkeits-Gruppen und Ende-Gelände-Ortsgruppen. Mit Fridays for Future, Parents for Future und Extinction Rebellion haben neue Bewegungs-Akteur*innen die Bühne betreten. Es bleibt spannend, wie sich diese in der nächsten Zeit entwickeln werden.

Auch im rheinischen Braunkohlerevier formiert sich weiter der Widerstand. Lange bestand dort der Eindruck, dass die Betroffenen in den Dörfern, die abgebaggert werden sollen, resigniert seien. Zwar war bei vielen Menschen die Wut auf die Willkür von RWE und Staatvertreter*innen zu spüren, allerdings schienen die Möglichkeiten zur Veränderung aufgrund der vermeintlich klar abgesteckten Machtverhältnisse im Kohlerevier zu gering. Vermutlich ermutigt durch die neusten Entwicklungen rund um den Hambacher Wald und die Erfahrung, wie viel Aufmerksamkeit und Solidarität Bewegungen erfahren können, regt sich hier erneut der Widerstandsgeist. Immer mehr Bewohner*innen beginnen, sich zusammen mit Menschen aus den Klimagerechtigkeits-Gruppen der Städte zu organisieren, mit dem Aufruf: „Alle Dörfer bleiben!". Am 23.03.2019 gab es einen großen Sternmarsch, bei dem sich 3000 Menschen symbolisch der Zerstörung entgegenstellten. Den Aktionstag unter dem Motto „Kohle stoppen! Klima & Dörfer

retten!" gut drei Monate später, am 22.06., besuchten bereits 8000.

Eine Stärke der Klimagerechtigkeitsbewegung war von Anfang an, unterschiedliche Akteur*innen zu mobilisieren und ein weites Spektrum unterschiedlicher Aktionsformen zu entfalten, das vielen verschiedenen Menschen eine Beteiligungsmöglichkeit bietet. Die langjährige Erfahrung aus dem Wendland hat gezeigt: Eine breite Mobilisierung, die verschiedenen Aktionsformen nebeneinander einen Raum gewährt, macht den Widerstand unkontrollier- und unberechenbar.
Koordinierte Kleingruppenaktionen, wie die Blockade im Kraftwerk Weisweiler, betten sich in eine breite Aktionschoreographie ein. Sie sind wichtig, da sie in der Lage sind, einen direkten Effekt zu erzielen. Sie sind ein starkes Zeichen, das die Dringlichkeit des Klimawandels zum Ausdruck bringt und haben bei guter Vorbereitung eine empowernde Wirkung auf die Beteiligten. Da sie die staatlichen Zugeständnisse an legalem Protest ignorieren, taugen sie außerdem dazu, eine weitreichendere Kritik an den herrschenden Verhältnisse zu üben. Die transportierten Aussage ist klar: „Eure Gesetze haben für uns keine Relevanz, denn sie sichern die Zerstörung der Lebensgrundlagen ab."

1.1 Banden bilden - warum in Kleingruppen organisieren?

Der Widerstand im rheinischen Braunkohlerevier ist von einer sehr vielseitigen Praxis und einer stark variierenden Wahl der Aktionsformen geprägt. Anknüpfend an die Erfahrungen aus dem Wendland ist für uns diese Vielfalt der Taktiken sehr positiv, birgt aber natürlich auch Konfliktpotential. Durch den Zulauf, den Ende Gelände seit 2015 als Massenaktion bekam, wurde auch ein Potential für andere Formen der Organisierung freigelegt. Unsere Beobachtung war, dass sich viele Menschen durch ihre (teilweise ersten) Aktionserfahrungen mit Ende Gelände empowert fühlten, weiter machen wollten und so auch dezentralere Aktionen mit eigenständiger Vorbereitung denkbar wurden.

Um diese Entwicklung zu unterstützen und um den Widerstand dadurch vielseitiger und damit unkontrollierbarer zu machen, ist der Erfahrungsaustausch zentral. 2016 fand das Aktionslabor auf dem rheinländischen Klimacamp statt, mit unzähligen Workshops, die eine aktivistische Praxis in Kleingruppen stärken soll-

ten. Die Strategie, Aktionswissen vor allem für Kleingruppen zu teilen, besteht im Rheinland schon sehr lange, zum Beispiel bei den regelmäßigen Skillsharing-Camps im Hambacher Wald.

Nachdem Ende Gelände 2017 im Rheinland ihre Blockaden für beendet erklärt hatte, entstand ein aktivistisches Vakuum. Das Massenaktionspotential war ausgeschöpft, nicht so das Bedürfnis, weiterhin auf die Kacke zu hauen. Sehr viele Menschen, die durch EG angefixt und immer noch heiß darauf waren, dem Kohlemonster ein Schnippchen zu schlagen, machten sich daran, Kleingruppen-Aktionen umzusetzen. Einerseits war es schön, die überall aufbrodelnde Energie zu beobachten, auf der anderen Seite waren die vielen, sich spontan konstituierenden Kleingruppen mit wenig bis gar keiner Vorbereitung auf dem Camp. Es ist toll, wenn sich Kleingruppen spontan zusammenfinden und in Aktion treten, gleichzeitig ist es super-wichtig, dass in solchen Situationen Sicherheitsstandards, die sich bewährt haben (sowohl im Hinblick auf Verletzungsgefahren als auch auf die Repressionsorgane), nicht ausgeblendet werden und bestimmte Aktionen eben nur mit dem notwendigen Vorlauf durchgeführt werden.

Was möglich ist, wenn sich Banden zusammentun

Das Kraftwerk Weisweiler ist ein gutes Beispiel für eine Aktion, in der verschiedene Kleingruppen koordiniert aufgetreten sind. Technische Blockaden (Lock-Ons, Tripods etc.) funktionieren, wenn sie aufwendig und schwer zu räumen sind, aber auch, wenn ihr Ort und der Zeitpunkt für Überraschung sorgen. Während der angekündigten Aktionstage im Rheinland ist die bereits eingeplante Technische Einheit der Polizei viel schneller zur Stelle, als wenn unter der Woche während der COP ein Kraftwerk blockiert wird, das bisher kaum im Fokus aktivistischer Umtriebe stand.

Sowohl hier als auch in anderen Bereichen besteht auf jeden Fall noch Luft nach oben. Stellen wir uns vor – untereinander vernetzte Kleingruppen versetzen der Maschinerie an verschiedenen Schwachstellen Schläge, das passiert vielleicht in unterschiedlichen Städten. Die einen fokussieren sich auf die Logistik und blockieren Warenströme in Häfen oder auf Straßen, andere kümmern sich um die dreckige Energie der kapitalistischen Warenproduktion. Das Ganze findet nicht nur an unterschiedlichen Orten statt, sondern ist auch zeitlich abgestimmt. Ist eine Blockade geräumt, beginnt an anderer Stelle die nächste. Wenn wir unserer Fantasie freien Lauf lassen, ist noch vieles möglich. Was es dafür braucht, sind ein Selbstermächtigungsprozess in verschiedenen Bereichen und gut vorbereitete Kleingruppen.

Aufdrehen und runterfahren

Nicht ohne meine Crew

Kleingruppen haben den Vorteil, dass oft eine hohe Vertrautheit und Affinität unter ihren Mitgliedern besteht. Ihre Merkmale können gute und intensive Vorbereitung, schnelles Reagieren auf unerwartete Entwicklungen, nachsichtiges und fürsorgliches Verhalten untereinander oder (möglichst) herrschaftsfreie Organisierung sein. All dies sind allerdings keine zwangsläufigen und ausschließlichen Merkmale von Kleingruppen. Auch in Kleingruppen kann es dazu kommen, dass sich Hierarchien herausbilden und durchsetzungsfähigere Personen den Ton angeben. Da der Zusammenhang aber übersichtlicher ist, besteht mehr Zeit und Raum, damit alle Personen gehört und Hierarchien abgebaut werden können. Doch auch ein achtsamer Umgang innerhalb der Gruppen ergibt sich nicht zwangsläufig, sondern muss erarbeitet werden. Fragen, die auch für die Zukunft interessant sein könnten, sollten sich auch darum drehen, wie wir uns um Menschen aus unserer Gruppe kümmern, die ausgebrannt oder traumatisiert sind. Wie wir Wege finden, um inklusiv zu sein, aber gleichzeitig Fragen von Sicherheit und Vertrautheit nicht außen vor lassen. Welche Möglichkeit der Konfliktlösung es gibt – und vieles mehr. Eines ist auf jeden Fall sicher, wir kommen wieder und werden mehr.

Zusammen mehr erreichen - Der Bezugsgruppenreader

Seit vielen, vielen Jahren hält dieser kleine Aktionsreader wichtige Basics und Tipps für Bezugsgruppen parat. Egal, ob es sich um die Nachbereitung einer Aktion, um sicheren Umgang mit Technik oder um die Frage dreht, wie Entscheidungen in hektischen Situationen getroffen werden können: im Bezugsgruppenreader findet sich sicher etwas dazu. In der Auflage von 2019 wurde auch, leicht verändert, der Text dieses Kapitels abgedruckt.

Ihr findet den Reader im Infoladen eures Vertrauens oder unter:

https://bezugsgruppenreader.site36.net/

Zucker im Tank

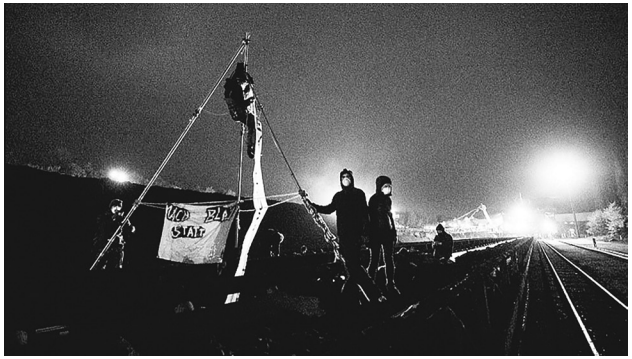
Durch „Zucker im Tank" sollen Kleingruppenaktionen ermöglicht, gestärkt und sichtbarer gemacht werden. Wir sind ein Teil der Bewegung für Klimagerechtigkeit und wollen erreichen, dass sich Menschen das nötige Wissen und die Fähigkeiten aneignen können, um selbst auch längerfristig direkte Aktionen durchzuführen. Dazu bieten wir direkte Unterstützung und unterschiedliche Workshops an. Kleingruppenaktionen sind selbstbestimmt, vielfältig und unberechenbar – dadurch sind sie ein wichtiger Baustein einer ungehorsamen Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Mit unserer Broschüre „Kämpfe zusammen_führen" versuchen wir außerdem, die Klimabewegung mit anderen emanzipatorischen Kämpfen zu verbinden. Denn der Kampf ums Klima ist eben auch ein feministischer, antirassistischer, anti-staatlicher und antikapitalistischer Kampf, ein Klassenkampf und ein Kampf gegen Tierausbeutung und Militarismus. Oder kurz: ein Kampf gegen Herrschaft im Allgemeinen.

Zucker im Tank

2. Kraftwerke vom Netz nehmen - eine (von vielen) Anleitung(en)

Wir haben ein paar Erfahrungsberichte und Anekdoten aus der Weisweiler-Blockade zusammengetragen. Sie sollen zeigen, dass für eine gelungene Aktion ganz unterschiedliche Rollen nötig sind. Meistens werden nur wenige davon sichtbar, aber hinter den Kulissen einer Aktion passiert mehr, als sich Menschen auf den ersten Blick ausmalen. Die nachfolgenden Texte sind allerdings auch nur eine sehr unvollständige Sammlung, die einen kleinen Einblick ermöglicht.



2.1 Gute Vorbereitung ist die halbe Aktion

Scouting - mal um den (Kraftwerks-) Block ziehen

Jetzt stehen wir hier und haben eigentlich alles richtig gemacht. Vorher Karten ohne Ende studiert, überlegt, wo wir hinmüssen. Haben Kleidung an, die schlecht gesehen wird, ordentlich dreckig werden darf und uns auch noch warm hält. Sogar Taschenlampen mit rotem Licht haben wir dabei, weil auch die schlechter gesehen würden. Handschuhe haben wir vergessen, was wir später bereuen werden, es ist wirklich unglaublich dornig um dieses Kraftwerk herum. Immerhin etwas gelernt für den Aktionstag.

Aber bevor wir ein Versteck für unsere Fahrräder finden können, stehen wir, wie gesagt, hier und sind uns trotzdem nicht sicher, wo es langgeht. Das Kraftwerk ist riesig, wir wollen natürlich ver-

steckt darauf zu und fahren irgendwelche Umwege, fangen viel zu früh an zu laufen, um nicht
entdeckt zu werden ... Am Ende finden wir trotzdem einen Platz für unsere Fahrräder und auch das Kraftwerk.

Die Taschenlampe brauchen wir nur, um unsere Ausdrucke zu studieren, sonst ist es wirklich hell genug auf dem Kraftwerksgelände. Der Schatten verbirgt einen wirklich gut, selbst als Autos auf der internen Straße vorbeifahren und wir eigentlich daneben stehen, werden wir nicht entdeckt. Um auf die andere Seite der Förderbänder zu kommen, müssen wir über eine Brücke, da ist leider nichts mit Schatten, „koordiniert" rennen wir hinüber, kämpfen uns auf der anderen Seite durchs weitere
Dickicht und können wirklich bis zu den Förderbändern vor, sie studieren und schauen, wo und wie Blockaden sinnvoll sind. Jede*r einzeln, weil allen andere Details auffallen.
Das eine Mal reicht natürlich nicht aus, zu Hause fallen uns immer wieder Fragen ein. Die Wege hin werden leichter, aber aufregend bleibt es trotzdem.

Materialverantwortliche*r - von Windeln, Glitzer und Vorhängeschlössern

Es ist halb zwei Uhr, die Nacht ist so dunkel wie sie überhaupt nur werden wird, und eine ganz schmale Mondsichel hängt zwischen den Baumwipfeln. Alle sind bereit, haben ihre Rucksäcke auf dem Schoß und sitzen schon im Auto. Der Schlüssel steckt bereits im Zündschloss, da kommt es von hinten: „Stopp! Mir fehlt noch 'n Stück Isomatte zum Polstern!" Hinten geht die Tür, und eine dunkel gekleidete Person sprintet zurück Richtung Haus. Wir warten. „Haste mal noch 'n Brot für mich? Hab mir keins eingepackt." „Is' gut. Ich tausch gegen 'ne Packung Kekse." Vier Minuten später, der nächste Versuch. Diesmal kommen wir fast auf die Straße, bis ... „Anhalten! Verdammt, ich hab das Vorhängeschloss vergessen. So wird's nichts mit anketten ..." Also zurück. Und so geht es noch eine halbe Stunde, bis wir endlich loskommen – und immer noch nicht alles dabei haben.

So oder so ähnlich habt ihr das sicher auch schon erlebt – wenn nicht auf der Aktion, dann auf dem Weg in den Urlaub oder ins Ferienlager. Damit wir Aktionen pünktlich beginnen können – und nicht gar abbrechen müssen, weil wir das Kletterseil vergessen haben –, ist es oft sinnvoll, in der Vorbereitung eine spezielle Rolle zu haben: Den*Die Materialverantwortliche*n. Als solche*r kümmere ich mich darum, ein kleines „Materiallager" aufzubauen, wo auch immer die Basis der Aktion ist. In den Tagen vorher besorge ich alles, was benötigt wird, sortiere es, und laufe immer wieder los, wenn der Gruppe noch was einfällt. So können die sich ganz auf ihre Vorbereitung konzentrieren.

Kraftwerke vom Netz nehmen

Wenn eine Aktion lange geplant ist, kann es sinnvoll sein, schon im Voraus eine Materialliste zu erstellen, für die dann alle Aktivist*innen einzelne Teile mitbringen. So kann die Belastung verteilt werden.

Wenn die Aktion näher rückt, und die anderen in den letzten Plena sitzen, stelle ich kleine „Päckchen" zusammen: Lock-Ons für die einen, Walkie-Talkies für die anderen. Und so gehen wir auch sicher, dass jede*r eine Wasserflasche und zwei Brote hat. Eine halbe Stunde vor der Abfahrt ist dann „Materialausgabe": Alle kommen zum Lager und bekommen von mir ihr Paket in die Hand gedrückt. Wenn es Extra-Wünsche gibt („noch ein wenig mehr Konfetti?"), versuche ich, die zu berücksichtigen, und von allem ein wenig mehr dazuhaben.

Und wenn die anderen los sind? Dann setze ich mich erst mal vors Feuer, entspanne und warte auf die Ergebnisse. :) Das heißt, natürlich nur, wenn wir personell so gut aufgestellt sind. Sonst sitze ich nach der Ausgabe vielleicht mit im Auto, damit auch jedes Förderband blockiert wird. Und wenn eine Aktion spontaner oder kleiner ist, braucht es mich vielleicht auch gar nicht.

Kochen - ohne Mampf kein Kampf!

Wir haben in der finalen Zeit vor der Aktion für alle Beteiligten von Logistik, Legal-Team, Team Kraftwerk, Backup, und was noch nicht alles für Leute gekocht und Essen für, während und nach der Aktion organisiert und vorbereitet. Da wir uns aus Repressionssorgen nicht in die Aktion selbst wagen konnten oder wollten, haben wir diese Aufgabe gern übernommen, um sie dennoch zu unterstützen. Wir wussten, bis die Leute die Blockade am Laufen hatten und das auf Twitter 'rumging, nichts von irgendwelchen Plänen, was denn genau stattfinden sollte. Das hat das Ganze noch mal auch für uns spannend gemacht und für die Planung sicherer.

2.2 Auf die Plätze - fertig - los

Aktionsbuddy - Care-Arbeit auf dem Förderband

Meine Aufgabe bestand darin, die angeketteten Personen zu unterstützen. Ich half beim Anbringen der „Endgegnerin", eines sehr, sehr schweren, mit Beton verstärkten V-Locks. Die Person, die sich mit beiden Armen darin festkettete, musste immer mal wieder in eine bequeme Liegeposition
gebracht werden. Auf dem anderen Förderband lagen drei weite-

Aktenfoto: Kletterei aus Perspektive der Cops

re, aneinandergekettete Menschen. Einmal konnte ich einer Person im Lock-On mithilfe einer Plastikflasche beim Pinkeln helfen. Die Person in der Mitte der 3er-Kette hatte beide Arme in jeweils einem Lock-On und brauchte daher Hilfe beim Trinken und Essen, genauso wie der Mensch im Endgegnerin-V-Lock. Ich musste zudem aufpassen, dass das Tripod sicher stand und nicht bewegt wurde, um den Menschen auf dem Tripod sowie die an das Tripod gekettete Person nicht zu gefährden. In der Räumungssituation wurde uns vom Kontaktbullen Hinterecker (bereits bekannt aus dem Hambi) versprochen, dass eine Person bis zum Schluss der Räumung zur Unterstützung der Festgeketteten bleiben könne, wenn die anderen selbstständig bis zum Gefangenentransporter

laufen würden. Aus Sorge um unsere Genoss*innen
ließen wir uns drauf ein, aber natürlich war das einfach eine fette Lüge und wir saßen kurz darauf alle im Gefangenentransporter.

Tripod - abhängen über dem Förderband

Bei der Aktion in Weisweiler wurden viele verschiedene Blockadetechniken genutzt. Eine davon war das sogenannte Tripod: ein Dreibein aus Metallstangen (sonst oft auch aus Holz), in dessen Spitze eine Person mit Klettergurt gesichert in einer Hängematte saß. Tripods waren bis dahin
vor allem auf ebene Erde aufgestellt worden, um zum Beispiel schmale Straßen zu blockieren. Das Aufstellen eines Tripods auf einer erhöhten Struktur wie den Förderbändern im Kohlebunker war eine neue Herausforderung. Auch der Transport des Tripods über eine weite Strecke durch unwegsames Gelände, ohne Lärm und Aufsehen zu erregen, stellte eine Schwierigkeit dar. Für die Aktion wurde sich trotzdem dafür entschieden, weil auf der Nordseite des Kohlebunkers nur eine Blockade der Förderbänder und nicht der Bagger (wie auf der Südseite) die Kohlezufuhr komplett stoppen konnte. Das Tripod wurde in Einzelteilen von nicht länger als zwei Metern zum Aktionsort gebracht und in einem Versteck unmittelbar vor dem Blockadeort zusammengebaut. Während Tripods sonst mit allen drei Füßen voran zum Blockadepunkt getragen und dann an einem Bein hochgezogen werden, wurde das Tripod hier mit zwei Beinen auf das Förderband gelegt und dann am dritten, waagerecht nach hinten abstehenden Bein hochgedrückt. Das Ganze war vor der Aktion einige Male an eigens dafür gebauten Förderband-"Attrappen" aus Holz geübt worden. Während bei dieser Aktion ein Gerüst um das Tripod herum gebaut wurde, um die Person daraus zu räumen, wurde bei einer späteren Kraftwerksblockade, bei der gleichfalls ein Tripod auf Förderbändern verwendet wurde, die hängende Person von Polizist*innen fahrlässig in Lebensgefahr gebracht,indem sie die Beine des Tripods anhoben, um es einige Meter weiter zu tragen. Dies ist eine klare Kompetenzüberschreitung und hat in der Vergangenheit schon einmal zum Absturz eine_r* Tripod-aktivist*in geführt. In Weisweiler hatten sich Menschen mit Lock-Ons an einem Bein des Tripods befestigt, was möglicherweise Polizist*innen davon abgehalten haben könnte, gefährliche Räumungsversuche ohne Technische Einheit zu unternehmen.

Klettern - mit Karabiner und Klettergurt Kohleinfrastruktur lahmlegen

Drei Uhr morgens, wir liegen gut versteckt im Gebüsch. Um uns herum alles dunkel, hinter der Baumreihe sehen wir die Kraftwerksbeleuchtung und an das Rattern von Baggern und Förderbändern haben wir uns schon gewöhnt. Während sich die einen auf dem Bauch robbend die Gegend anschauen, bemalen sich

andere ihr Gesicht mit Edding. In der Aufregung müssen alle noch mal pinkeln, zum Glück haben wir Zeit dafür.

Bis hierher ging es erstaunlich gut. Genügend Autos und Fahrer*innen, fast pünktlich losgefahren. Ein kurzer Schreckmoment, als uns unterwegs ein Security-Auto verfolgt. Hätten wir nicht mehr darüber sprechen müssen, was passiert, wenn eine Gruppe unterwegs abgefangen wird? Wie wir unauffällig Kolonne fahren? Was wir bei einer möglichen Verkehrskontrolle mitten in der Nacht als Ausrede nennen? Mit all unserem Klettermaterial und verklebten Fingerkuppen wären wir bestimmt direkt in Gewahrsam genommen worden. Aufatmen, als die Secu-Karre weiterfährt und wir ohne Probleme am Parkplatz ankommen. Von dort ist es nicht mehr weit bis zum nächsten Treffpunkt. Auf einen Zaun wären wir vorbereitet gewesen, praktischerweise gibt es aber gar keinen mehr, nur Gebüsch müssen wir überwinden.

Dann warten wir auf das Startsignal der anderen Gruppe. Da die Zielorte zu weit auseinander liegen, kommen wir von verschiedenen Seiten. Damit die eine Gruppe nicht die andere verrät, ist gutes Timing notwendig. Funkgeräte und Handys mit neuen SIM-Karten haben wir dabei. Irgendwie klappt es doch nicht so richtig, wir hören die Alarmsirenen, als die andere Gruppe die Förderbänder stoppt, und wissen: wenn wir jetzt nicht loslegen, könnte gleich überall Security herumschwirren und uns den Weg zu unserem Zielbagger abschneiden.
Vom Gebüsch über die beleuchtete Straße bis zum Bagger joggen wir. Wir wollen nicht bedrohlich wirken, aber anzukommen ist uns wichtig. Praktischerweise steht unser Bagger schon still – ob er ohnehin nur der Ersatz war oder zum Zeitpunkt der Aktion gar nicht betriebsbereit, ist uns bis heute ein Rätsel. Dafür kommen wir ungehindert ans Ziel und werden erst nach einer Viertelstunde entdeckt. Als die ersten Angestellten vorbeikommen sind sie freundlich, beschweren sich aber darüber, dass wir nicht eine halbe Stunde später gekommen sind – dann hätten die Arbeiter*innen von der Tagesschicht uns an der Backe gehabt.

Frühstücken in luftiger Höhe

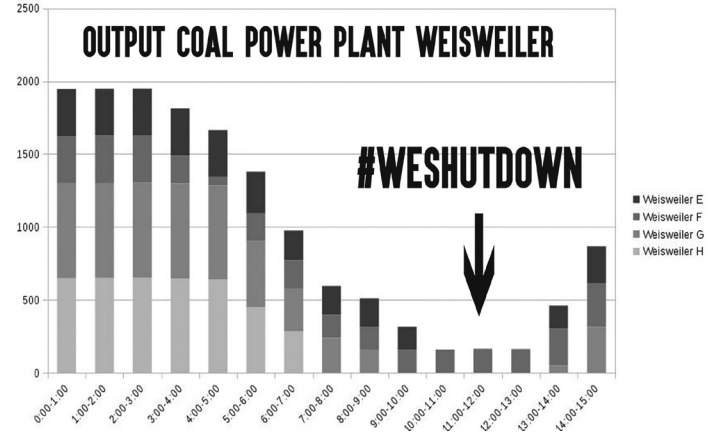
Da sind wir aber schon längst in Hängematten, genießen Frühstück bei Sonnenaufgang und holen den ausgefallen Schlaf nach. Klettertechnisch war es nicht anspruchsvoll. Einzelne von uns ha-

ben erst wenige Monate vor der Aktion in einem mehrtägigen Training klettern gelernt. Schwieriger waren Koordination, Absprachen und die Gedanken zu den möglichen Konsequenzen. Bin ich wirklich bereit, gegebenenfalls 30 Jahre unterhalb der Pfändungsgrenze zu leben? Lohnt sich die mediale Aufmerksamkeit, um dafür gegebenenfalls mehrere Wochen oder Monate in U-Haft zu landen, wie es anderen vor und nach uns passiert ist? Müssten wir nicht konsequenterweise das Kraftwerk gleich ganz kaputt machen?
Andererseits: Demos, Unterschriftenaktionen, Massenaktionen und symbolische Aktionen haben wir davor schon jahrelang ausprobiert. Wie kann ich in 30 Jahren der nächsten Generation in die Augen schauen, wenn sie fragt: was habt ihr damals gemacht? Muss ich nicht wenigstens irgendwas machen, auch wenn ich weiß, dass es nicht ausreicht? Und warum ist ein Leben unter der Pfändungsgrenze abschreckend, wenn unsere Lebensgrundlage zerstört wird? Das hat wohl letztendlich den Ausschlag gegeben.

Inzwischen besteht auch Funkkontakt zur anderen Gruppe. Wir erfahren, dass dort auch alles gut gegangen ist. Per Telefon erfahren wir von Menschen außerhalb des Kraftwerks, wie erfolgreich die Aktion ist und jubeln bei jeder neuen Drosselungsangabe, die live von der Strombörse mitgeschnitten wird. 80 %. 46 %. 27 %. 8 %. Nur noch ein Block läuft.
Zwischendurch macht der Polizeihubschrauber über uns das Unterhalten schwer. Was die wohl erwarten, was wir tun, dass sie nicht nur den Bagger umstellen, sondern uns auch von oben überwachen? Was dieser Helikopter-Einsatz wohl kostet?

Nach einigen Stunden hat sich die Polizei wohl auf ein Räumungsvorgehen geeinigt. Nachdem die Lock-Ons auf der anderen Seite geräumt worden sind, kommt sie mit Hebebühne und Höhen"rettungs"-Team zu uns. In der Räumungssituation kann mensch noch mal versuchen, es den Klettercops schwer zu machen. Auch wenn sie manchmal freundlicher wirken, manche sogar professionell beeindruckt von unseren Techniken sind und sich auf einen ungewöhnlichen Einsatz freuen: Sie sind trotzdem ausgebildete Einheiten, deren Job es ist, Kapitalinteressen von RWE gegen Aktivist*innen wie uns zu verteidigen – notfalls mit jeder notwendigen Gewalt. In Erwartung des noch bevorstehenden Teils der Aktion – Gefangenentransport, Warten, Schikane auf der Wache, ED-Misshandlung, gegebenenfalls Haftprüfung und U-Haft – oder schlicht weil Menschen pinkeln müssen, verhalten die meisten von uns sich recht kooperativ und lassen sich abseilen. Eine*r der Kletternden schafft es dennoch, eine Weile vor dem Klettercop davonzulaufen und schafft es damit noch in den Fernsehbericht. :)

Kraftwerke vom Netz nehmen



Vom Bagger in die Zelle

Dann sitzen wir im Transporter. Erst mal durchatmen. Abchecken, ob es allen so weit gut geht. Ausnahmsweise keine Schmerzgriffe. Trotzdem sind wir erschöpft und besorgt, was jetzt auf uns zukommt. Für keine*n von uns ist es die erste Aktion, aber ein Kraftwerk gezielt zum fast völligen Ausschalten zu bringen, ist neu für uns alle. Wie RWE und die Polizei reagieren werden, können wir nicht abschätzen. Wird uns die Personalienverweigerung helfen oder nur alles noch unangenehmer machen?

Dann das Polizeipräsidium Aachen. Den Teil kennen wir schon: keine Aussage, EA-Telefonat, keine Unterschrift, Klingeln bis ich aufs Klo darf, nach Essen und Wasser verlangen. Zum Glück gibt es Workshops zum Gesa-Aufenthalt. Bei den teils erniedrigenden Schikanen wie Nackt-Ausziehen, EA-Misshandlung und Verhör hat jede*r so seine*ihre eigene Strategie. Kooperiere ich, um Kräfte zu sparen? Sperre ich mich und lasse mich tragen, um es den Cops schwierig zu machen und zu zeigen, was ich von ihnen halte? Wehre ich mich und riskiere weitere Strafvorwürfe, gehe dafür empowerter aus der Situation?

Dann werde ich plötzlich vor die Türe gebracht. Ich hatte mich zumindest auf Haftprüfung und eine Nacht in Gewahrsam eingestellt. Noch bis zum Ausgang rechne ich damit, dass die Cops mich jederzeit zurückpfeifen. Irgendwas muss da schief gelaufen sein. Wir schalten ein Kraftwerk ab und dürfen einfach unerkannt rausspazieren? Kaum zu glauben. Draußen wie so oft: tolle solidarische Menschen mit Decken, Tee, Essen und einem offenen Ohr. Erstmal ist trotzdem alles überfordernd. Außerdem fehlen noch ein paar Menschen, die doch nicht so glimpflich davon gekommen sind. Scheinbar sind Lock-Ons böser als Klettern, deshalb werden manche doch dazu gezwungen, ihre Namen anzugeben. Abends sind wir dann alle wieder zusammen und können uns persönlich erzählen, was passiert ist. Aber noch nicht ganz glauben, dass wir uns so schnell wieder sehen.

2.3 Kraftwerksinfrastruktur - dem Kohlemonster ein Schnippchen schlagen

Mit diesem Text wollen einige der Menschen, die die Vorbereitung und Durchführung der Aktion beobachtet haben, Mut machen, solche und vergleichbare Aktionen zu wiederholen. Damit wollen wir einen Diskussionsbeitrag für die Bewegung leisten, in der sich in den letzten Jahren vor allem auf große Massenaktionen konzentriert wurde. Wir wollen zeigen, dass die Fähigkeiten, die für die Aktion nötig waren, leicht erlernt werden können. Viel wichtiger sind aber gemeinsame Entschlossenheit und gegenseitiges Vertrauen. Gleichzeitig wollen wir beschreiben, wie es gelang das Kraftwerk zum Herunterfahren zu zwingen, welche Gefahren dabei bedacht werden sollten und was wir daraus gelernt haben.

Wir wollen Menschen darin bestärken, (weiter) für die Abschaltung aller fossilen Kraftwerke zu kämpfen und als Kleingruppen Selbstermächtigungserfahrungen zu machen.

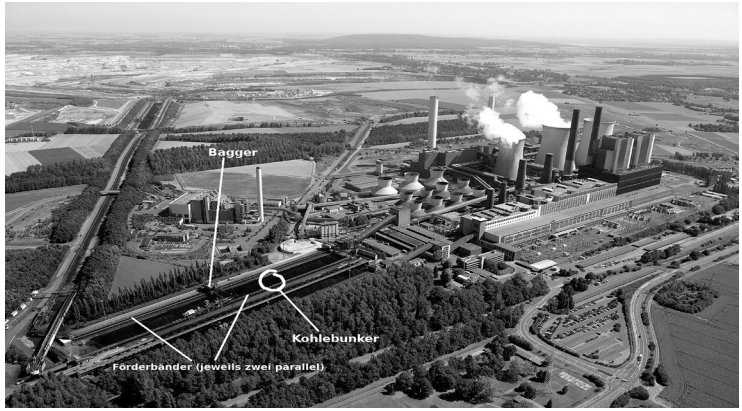
Warum wurde diese Aktion durchgeführt?

Mit der Aktion wollten die Aktivist*innen aktiv in die Klimazerstörung eingreifen. Dabei sollte auch gezeigt werden, dass es nicht viele Menschen braucht, um einen messbaren Effekt zu erreichen. Mit der Ortswahl wollten sie das Spielfeld für Aktionen, das sich bisher (abgesehen von einer spontanen und viel kritisierten Kraftwerksbesetzung in der Lausitz) weitestgehend auf Tagebaue, Kohlebagger und die Zugverbindung beschränkte, auf die Kohleversorgung im Kraftwerk erweitern. Andererseits wollten sie die internationale Medienpräsenz um die COP nutzen, um zu zeigen, dass die „Lichter" selbst dann nicht „ausgehen", wenn eines der größten Kohlekraftwerke Europas ausfällt.

Wie funktioniert die Kohlezufuhr eines Kraftwerks?

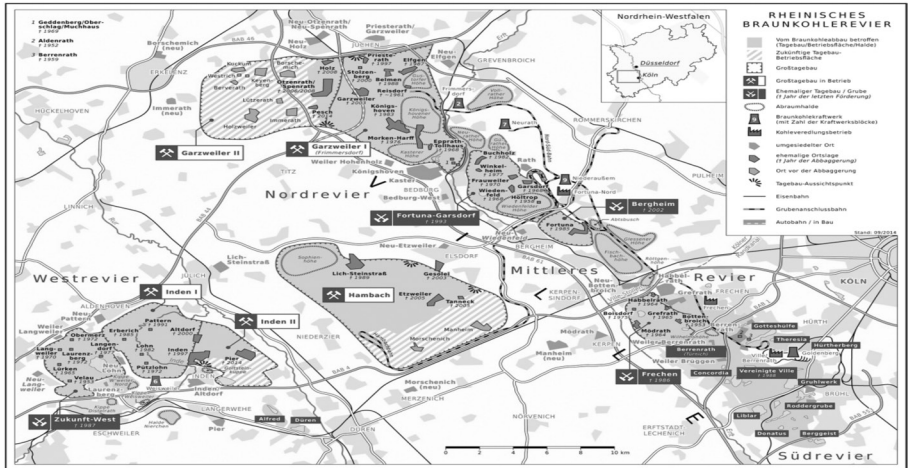
Zumindest in den rheinischen Braunkohlekraftwerken funktioniert die Kohleversorgung über eine direkte Verbindung zwischen Kohlebagger und Brennkammer. Diese läuft je nach Ort über Kohlezüge oder Förderbänder (ca. 1,50m breite, leicht durchhängende Gummibänder, die je nach Ort ebenerdig oder in 2 m Höhe auf

Kraftwerke vom Netz nehmen



Rollen laufen).

Da Kohlekraftwerke sehr schwerfällig sind, versuchen die Betreiber*innen kurzfristige Unterbrechungen zu vermeiden. Daher gibt es z.B. am Kraftwerk Weisweiler zwei Kohlebunker, in denen ein Kohlevorrat für mehrere Tage liegt: einer am „Ausgang" des Tagebaus und ein weiterer im Kraftwerk selbst. Aus diesem Grund müsste eine Blockade aller Kohlebagger bis zu eine Woche und eine Schienenblockade vor dem Kraftwerk mindestens 48h lang aufrechterhalten werden (bei anderen Kraftwerken, Weisweiler wird nur von Förderbändern beliefert), um das Kraftwerk abzuschalten (was bei EG 2016 in der Lausitz gelang).



Kohlebunker sind große Berge von Braunkohle unter freiem Himmel, die auf einer Seite befüllt, auf der anderen Seite wieder abgebaggert und auf Förderbänder verladen werden. Wird die Zufuhr hinter dem letzten Bunker blockiert, wird direkt die Kohlezufuhr ins Kraftwerk unterbrochen. Auch dann wird die Verbrennung im Kraftwerk nicht unmittelbar gestoppt, da die Kohle zunächst zerkleinert und getrocknet wird: Die Kohle, die bereits im Trocknungsprozess ist, kann noch verbrannt werden.

Kraftwerke vom Netz nehmen

Wie lange das dauert ist unklar, jedoch wurde infolge der #WeShutDown"-Blockade bereits nach kürzester Zeit die Kraftwerksleistung vermindert und nach wenigen Stunden fast komplett gedrosselt.

Die „Gefahr" einer Notabschaltung (Herunterfahren innerhalb von 15-30 Minuten, was das „Risiko" einer Beschädigung von Kraftwerkselementen mit sich bringen könnte) besteht unserer Auffassung nach aber nicht, da genügend Zeit zum Herunterfahren besteht. Die Beschädigung eines Kraftwerks kann natürlich auch Ziel einer Aktion sein, kann dann aber als Sabotage gewertet werden und höhere Repressionen nach sich ziehen. Das heißt nicht, dass es nicht sinnvoll sein kann, dieses Risiko einzugehen, wenn dabei sicher gestellt ist, dass keine Menschen verletzt werden.

Mögliche Gefahren in einem Kraftwerk

Oft besteht bei Kleingruppenaktionen ein höheres juristisches und direktes **Repressionsrisiko** als bei großen Massenaktionen.
Zusätzliche Gefahren, die in der Planung zukünftiger Aktionen berücksichtigt werden sollten:

a) **Security und Angestellte**, die aufgrund des stärkeren Blockade-Effekts noch unberechenbarer reagieren könnten. Dem kann zum Beispiel durch Pressebegleitung vorgebeugt werden. Darüber hinaus sollten Menschen, die mit technischen Hilfsmitteln blockieren, von anderen Menschen begleitet werden, die notfalls deeskalativ eingreifen können.
Bei der betreffenden Blockade wurde ein Pressefotograf jedoch früh weggeschickt und gezwungen, einen Teil seiner Bilder zu löschen. „Unbefestigte" Aktivist*innen wurden ebenfalls schon vor der Räumung des Platzes verwiesen.

b) Ein **unbekannter Aktionsort**: Um die Aktion nicht zu gefährden, konnte der Aktionsort nicht im Detail gescoutet werden. Hier können öffentlich verfügbare Luftaufnahmen und Satellitenbilder von Google, Bing oder Behörden helfen. (Aktualität checken, Tor-Browser nutzen ;))

c) **Große Maschinen, drehende Teile:** Eine Industrieanlage zu besetzen ist nicht ganz ungefährlich. Viele ihrer Teile werden nicht durchgängig überwacht, sodass Aktivist*innen sich selbst um eine Abschaltung kümmern müssen. Förderbänder haben in regelmäßigen Abständen Not-Aus-Knöpfe. Trillerpfeifen oder sichtbare Signale können im Notfall helfen. Solange sich Teile noch drehen und Angestellte noch nicht wissen, was passiert, sollten sich Menschen nirgends anketten oder drauf klettern.
d) **Juristisches Risiko:** Generell sollten sich Kleingruppen um juristischen Support kümmern, um im Vorhinein das Repressionsrisiko

abzuwägen. Ihr könnt das auch!
Für die Blockade wurden keine Fähigkeiten benötigt, die nicht fast jede*r, der*die diesen Text liest, auch lernen könnte. Aktionsklettern wird in Trainings angeboten, wie mensch Lock-Ons baut, könnt ihr in Workshops lernen.

Außerdem gibt es viele Aufgaben in Vorbereitung und Support, die notwendig für das Gelingen von Aktionen sind: Pressearbeit, Versorgung, Basteln, Material organisieren, Fahren und vieles mehr. Notwendig ist vor allem eine Gruppe von Menschen, die sich gegenseitig vertraut und Lust hat, gemeinsam was zu machen.
Auf das Kraftwerksgelände zu kommen war zumindest in Weisweiler nicht schwierig. Ein Werksgelände ist keine Festung, Stacheldraht und Kameras sind selten vorhanden, Wald und Gebüsch können als Sichtschutz dienen. Im Betrieb werden weite Teile des Kraftwerks nur sporadisch von vorbeifahrendem Werkschutz kontrolliert und die wenigen Angestellten konzentrieren sich auf ihre Aufgabe und rechnen nicht ständig mit Aktionen.
In anderen Kraftwerken mag das anders aussehen, aber mit ein bisschen Vorbereitung und Überraschungseffekt ist das sicherlich überall möglich.

Einige Punkte, die bei zukünftigen Aktionen kritisch mitbedacht werden sollten:

a) Wenn der Kraftwerksbetrieb stillsteht, funktioniert auch die gegebenenfalls vorhandene Wärmeauskopplung nicht mehr. Hier lohnt sich eine Recherche, ob auch Privathaushalte betroffen sein könnten, da das Fernwärmenetz weniger flexibel ist als das Stromnetz. Besonders im Winter sollte das mitbedacht werden. Im Falle von #WeShutDown" ist kein Wärmeausfall eingetreten.

b) Während der Aktion waren einige Aktivist*innen mit Staubmasken vermummt oder geschminkt, um das Repressionsrisiko zu verringern. Das kann in verschiedenen Situationen sinnvoll sein, dennoch sollte mitbedacht werden, dass dadurch die Berichterstattung in vielen Medien stark geprägt war von den „Vermummten, die auf das Gelände eindrangen". Andererseits zeigten manche Medien Bilder von lachenden Gesichtern und schrieben „vermummte Aktivist*innen"

darunter. Das zeigt, dass der Einfluss auf die Berichterstattung auch ein bisschen Glücksspiel ist.

c) Wir hatten Info-Flyer für die Arbeiter*innen am Aktionsort vorbereitet. In der Aktion kam die Kontaktaufnahme allerdings, bis auf einige Gespräche, die zumindest einzelnen Arbeiter*innen unsere Perspektive/Beweggründe dargelegt haben, zu kurz. Hierfür sollte/könnte mehr Kapazität eingeplant werden.

d) Trotz unseres Wunsches und der Überzeugung, dass die Fähigkeiten für solche Aktionen erlernbar sind, wird diese Aktion wahrscheinlich auch den Anschein erwecken, dass da krasse Checker*innen am Werk waren, die keine Angst vor Repression haben bzw. diese in Kauf nehmen können und wollen. Es ist richtig und wichtig, auf die eigenen Grenzen zu achten und gleichzeitig ist es wichtig, dass die Bewegung unberechenbar bleibt. Trotzdem kann das zu einer gefühlten Trennung zwischen Aktivist*innen verschiedener Aktionsformen führen. Dem wollen wir mit diesem Text entgegenwirken und freuen uns über Antworten darauf.

e) Unsere Aktion hatte auch das Ziel, einen Beitrag zur Förderung der Bereitschaft für Kleingruppenaktionen zu leisten. Vor allem für neue Aktivist*innen wollten wir die Hemmschwelle heruntersetzen, sich an solche Aktionsformen heranzutrauen. Wir denken,

Aktenfoto: Förderbänder zu Sofas!

Aktenfoto: Mach lieber blau statt Tagebau

dass wir für den „System Change" nicht um eine starke Zunahme von Kleingruppenaktionen und eine dezentrale Etablierung aktivistischer Praxis im Alltag herumkommen. Dafür hätte das positive Beispiel einer Kleingruppen-Blockade (und das Wissen darum, dass deren Durchführung kein Zauberwerk ist) viel mehr Verbreitung finden müssen und eine szeneinterne Diskussion über die geeigneten Aktionsformen anstoßen können. Leider ist es dazu nicht in dem Ausmaß gekommen, wie wir uns das vielleicht gewünscht haben. Darüber hinaus wünschen wir uns als Bewegung und auch für uns selbst eine Toleranz gegenüber Fehlern, die eine ehrliche Reflexion und gemeinsames Lernen ermöglichen.

Die Welt, in der wir leben, erfordert ein deutliches Drehen an der Eskalationsschraube! Wie wir es schaffen können, dass dabei für alle Bedürfnisse Raum ist und alle Menschen ihren Platz in der Bewegung finden können, wird ein langfristiger Aushandlungsprozess sein. Wir wünschen uns dabei Solidarität gegenüber allen Aktionsformen und Mut, eine gerechte Welt zu gestalten, in der strukturelle Gewalt und Profitinteressen der Vergangenheit angehören.

2.4 Jede technische Blockade hat eine Ende

Inzwischen war neben den RWE-Sicherheitskräften eine große Zahl weiterer Personen eingetroffen. Polizei, Werksfeuerwehr, Arbeiter*innen eines Gerüst-Unternehmens und ein Helikopter, der über unseren Köpfen kreiste. Scheinbar hatte das Herunterfahren des Kraftwerks jede Menge Arbeitskapazität freigemacht und fast die gesamte RWE-Belegschaft fand sich am Blockadepunkt ein. Die von uns erhoffte La-Ola-Welle entlang des Förderbands blieb leider aus.

Zu unserem Glück war eine Zufahrtsstraße nicht breit genug und deshalb kam ein Hebebühnen-Fahrzeug für die Räumung nicht in Betracht. Stattdessen wurde um die Förderbänder ein Gerüst gebaut, um damit die Person, die im Tripod saß, zu erreichen. Die Supporter*innen versuchten auf die Arbeiter*nnen einzureden, dass sie das nicht machen müssen und dass sie den Menschen im Tripod und vor allem den Menschen im Fahrradschloss am Tripod-Bein gefährden. Einen hatten sie fast soweit, aber dann

Aktenfoto: Fragwürdige Räumung: Aktivist*innen werden immer noch aneinandergekettet vom Förderband gehoben

kamen wieder klare Anweisungen von irgendeinem Chef und es wurde weitergearbeitet.

Endgegnerin trotzt ihrem Ende

An einem der beiden parallel verlaufenden Förderbänder machten sich RWE-Arbeiter*innen nun am Metallträger, an dem eine Person mit einem V-Lock angekettet war, zu schaffen. Das mit dem überheblichen Namen „Endgegnerin" betitelte Lock-On ließen sie dabei links liegen und schnitten direkt mit der Flex den Metallträger des Förderbands durch. Nach einem beeindruckenden Schauspiel mit viel Kühlflüssigkeit und Funkenregen gelang es den Arbeiter*innen, die Person loszulösen. Die Polizeikräfte hüllten sich währenddessen in weiße Overalls (ohne Ende-Gelände-Logo). Grund: sie vermuteten eine ansteckende Krankheit bei der soeben losgelösten Person. Statt in eine Zelle wurde diese Person deshalb erst mal in ein Krankenhaus gebracht. Von dort gelang dann irgendwann das unbemerkte Verlassen des Gebäudes. Problematisch war nur, dass die „Endgegnerin" nach wie vor nicht entfernt werden konnte. Mit diesem sehr schweren und wenig alltagstauglichen Armschmuck begab sich Aktivist*in X dann mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem Ort, an dem sie*er auf einen begeisterten Empfang und Beherbergung hoffen konnte. Ob es unterwegs Zwischenfälle mit Ticket-Kontrolleur*innen gab, ist nicht dokumentiert. Das soeben Beschriebene legt nun vielleicht nahe, es könnte sich lohnen, bei der Polizei eine Angebe über eine

Aktenfoto: In die Locks wurde ein Fenster geflext und dann die Kette durchgetrennt

ansteckende Krankheit zu machen. Allerdings muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die betroffene Person nur knapp einer Zwangsbehandlung entgehen konnte und einfach eine frei herbei-diagnostizierte Krankheit ins Spiel gebracht wurde. Wie die weitere Geschichte der „Endgegnerin" verlief ist hingegen nicht bekannt. Anzunehmen ist jedoch, dass sie nicht in irgendeinem Lagerraum vor sich hin rostet.

Die T(echnische)E(inheit) macht einen Ausflug

Aber wieder zurück zum Blockadepunkt. Die Technische Einheit (TE) der Polizei brauchte recht lange um zum Aktionsort zu kommen. Als die Gerüstbauer*innen bei der Person im Tripod ankamen, konnten sie diese packen und auf das Gerüst bugsieren. Nachdem die Person aus dem Geschehen herausgebracht worden war, konnte das Tripod ohne weiteres angehoben werden. Die einzige Fixierung zwischen Tripod und den drei Personen bestand aus einem Fahrradschloss, das sowohl um den Hals einer Person als auch um eines der Tripod-Beine gelegt war. Da es keine weitere Fixierung an der Förderband-Struktur selbst gab, waren damit auch die drei in einer Kette aneinander geketteten Aktivist*innen auf dem zweiten Förderband nicht mehr fest. Die drei Aktivist*innen wurde dann, immer noch aneinander gekettet, vom Förderband heruntergehoben. Dass es leicht zu Armbrüchen kommen kann, wenn drei zusammengekettete Personen von einer Förderbandanlage manövriert werden, interessierte nicht und wurde gegen Protest durchgesetzt. Damit war die circa sechs Stunden andauernde Blockade der Förderbänder beendet. Die drei aneinander geketteten Personen wurden in eine RWE-Werkstatt gebracht, wo die Lock-Ons aufgeschnitten wurden.

Mit dem Gefangenentransporter ging es dann in die Gefangenensammelstelle, aus der ein Großteil der Aktivist*innen nach einigen Stunden, ohne identifiziert worden zu sein, wieder herauskamen. Alle, außer den Menschen in den Lock-Ons. Die kamen einen Tag später vor einen Haftrichter und entschieden sich, statt in Untersuchungshaft zu gehen, ihre Personalien anzugeben.

2.5 Passt auf einander auf - passt auf euch selber auf

„Gleich geht's los. Jetzt passiert es wirklich – Machen wir diese Aktion gerade wirklich?" „Hoffentlich passiert niemandem was." „Mist! Ich habe meine Schlösser verloren – wie unglaublich dumm von mir!" „Ein Glück, wer anders hat an Ersatzschlösser gedacht."

Kraftwerke vom Netz nehmen

„Krass, das Kraftwerk wird gedrosselt – wir haben's geschafft." „Yeah, viele Menschen wurden nicht identifiziert." „Oh, ist das langweilig in dieser Scheißzelle." „Warum, verdammt nochmal, habe ich es auf dem Gang nicht geschafft, laut zu rufen, um mit den anderen Kontakt zu haben?" „Draußen warten liebste Menschen auf mich – mit Tabak und Zeitungen. Keine Worte dafür, wie gut das tut."

Das ist nur ein ganz, ganz kleiner Ausschnitt von all den vielen Gefühlen, die diese ganze „Weisweiler-Geschichte" in mir ausgelöst hat. Ich wurde einmal gefragt, wie es sich anfühlt, eine 2-Millionen-Klage per Post zu bekommen – und obwohl ich das erlebt habe, weiß ich es nicht. Manchmal sind eben auch einfach keine Gefühle da. Und dann wurde es wieder mega-emotional, komplex und aufregend, als es darum ging, meiner Familie von der Aktion und der Klage zu erzählen, damit sie es nicht aus der Zeitung erfährt.

Einen kollektiven Umgang finden

Etwas, das uns in der gesamten Zeit, vom ersten Vorbereitungstreffen über die Aktion bis zum ersten Urteil im Strafprozess und darüber hinaus begleitet hat, ist der Versuch, mit diesen Gefühlen kollektiv umzugehen.

Ein Weg ist die klassische „Wie-geht's-mir-Runde" am Anfang eines jeden Plenums – mal mehr, mal weniger ausführlich. Sie ist für mich eine Art Ritual, das Gefühlen einen eigenen Raum im Plenum gibt. Ich habe die Möglichkeit, Sachen zu teilen – muss aber nicht. Und gerade wenn Dinge aufregend, neu und auch etwas Angst einflößend sind, tut es mir gut, zu hören, dass es anderen ähnlich geht, oder eben doch völlig anders. Manchmal sind dabei überraschende Dinge passiert – manchmal sagen einfach alle „gut". So oder so habe ich durch diese Runden viel über die anderen erfahren und Vertrauen aufgebaut. Ich bin mir sicher, dass sie einiges dazu beigetragen haben, dass wir gemeinsam das tun konnten, was wir getan haben.

Ein anderer Weg ist es, uns selbst und gegenseitig zu fragen, was wir gerade brauchen. „Willst du auf der Fahrt zur Aktion lieber reden oder schweigen?" „Was brauchst du, wenn du aufgeregt bist?" „Ich fänd' es schön, wenn während der Blockade vorgelesen wird." „Brauchen wir eine ganze Weile nach der Aktion nochmal ein Nachtreffen mit allen?" „Ich würde bei der Urteilsverkündung gerne deine Hand halten." „Brauchst du gerade Geld?"
Manchmal brauche ich ganz schön lange Zeit und viel Mut, um meine Bedürfnisse mitzuteilen oder andere nach ihren zu fragen. Aber ich weiß sicher, dass es sich lohnt.

Kraftwerke vom Netz nehmen

Für mich sind auch Gespräche mit lieben Menschen wichtig. Ich habe das Glück, alles mit meinem Lieblingsmenschen teilen zu können. Beim Formulieren und Aussprechen von Dingen merke ich oft, dass sich dadurch erst chaotische Gedanken und Gefühle in mir sortieren. Mir hilft das beim Verarbeiten und ich weiß hinterher besser, was ich brauche oder ändern will.
Direkt nach dem Urteil am Amtsgericht waren in mir tausend Gefühle und Gedanken gleichzeitig – zu viele, um sie aussprechen zu können. In diesem Moment waren Umarmungen von lieben Menschen das beste, was mir passieren konnte.
Und es gab für mich auch eine Situation, in der ich gemerkt habe, dass ich noch etwas anderes brauche, als mir die Menschen um mich herum gerade geben konnten – und da war es toll, dass es Out of Action gibt.

Natürlich haben wir alle unterschiedliche Arten, mit unseren Gefühlen umzugehen und jeweils verschiedene Dinge, die uns gut tun. Mir ist wichtig, dass wir dem als Aktivist*innen Raum geben und miteinander herausfinden, welche Formen jeweils passen.
Denn für eine Kraftwerksblockade braucht es viele Menschen – und für den Umgang mit all den Gefühlen, die sie auslöst, auch.

Out of Action

ist eine Gruppe von Aktivist_innen, die über die psychischen Folgen von Repression und Gewalt im Kontext von linkem politischen Widerstand informiert. Sie bietet emotionale erste Hilfe für betroffene Einzelpersonen und Gruppen an und unterstützt einen solidarischen Umgang miteinander auch durch Informationsveranstaltungen.

Mehr Infos und Kontakt zu den Ortsgruppen findet ihr unter outofaction.blackblogs.org

Out of Action
Emotional First Aid

3. Auf eine Klage folgt eine Kampagne

3.1 Solidarität organisieren

Als klar wurde, dass RWE tatsächlich eine Schadensersatzforderung über zwei Millionen Euro gegen uns und die Klimagerechtigkeitsbewegung in Stellung brachte, war die erste Frage: Und was nun? Was tun? Und da mensch Repression am allerbesten gemeinsam durchsteht, war für uns schnell klar, dass wir uns mit anderen beratschlagen und gemeinsam organisieren wollen. Wir haben dann auch sehr viel Solidarität erfahren und viele Menschen haben sich in die We-Don't-Shut-Up-Kampagne eingebracht. Die Unterstützung hatte viele unterschiedliche Formen. Menschen haben eine Kinderbetreuung für die Kundgebungen vor dem Gericht organisiert, solidarische Anwält*innen haben sich immer und immer wieder mit uns getroffen, Flyer und Poster wurden ge-layoutet, Beweisanträge geschrieben und Soli-Fotos verschickt. Wir haben Solidaritäts-Video-Statements aus Mosambik, Bangladesch und von den Fiji-Inseln bekommen. Und sehr viele Menschen haben uns in ihre Stadt für einen Vortrag eingeladen. Wir waren dann auch viel unterwegs und haben in ungefähr 40 Städten Vorträge gehalten und uns über Aktionserfahrungen ausgetauscht. Für uns wurden das Gerichtsverfahren und alles, was drumherum passierte, praktisch zu einer weiteren Aktion. Als wir schließlich im Gerichtssaal saßen, konnten wir von draußen die Sprechchöre hören und wussten – wir sind nicht allein. Repression zielt auf die Vereinzelung ab – den Strategien von Staat und Kohleindustrie können wir nur gemeinsam begegnen.

Kohle unten lassen statt Protest unterlassen

Etwa 200 Menschen, die sich an Protestaktionen gegen RWE beteiligten, wurden von der Großkanzlei Redeker, Sellner, Dahs aufgefordert, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Dabei handelt es sich um ein rechtsverbindliches Versprechen an RWE, in Zukunft jeglichen Protest auf deren Betriebsgelände zu unterlassen. Als Antwort startete die Kampagne „unten lassen". Die meisten Aktivist*innen weigerten sich, die Erklärung zu unterzeichnen. Eine Handvoll Leute wurde von RWE verklagt. Bei allen anderen ist die Frist für eine Zivilklage am 31.12.2018 abgelaufen. Herzlichen Glückwunsch an alle, die nicht unterschrieben haben, und gleichzeitig natürlich Soli-

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

darität und Respekt für alle, die es getan haben!
Nach 2015 gab es viele weitere Protestaktionen an Orten, an denen Klimawandel gemacht wird. Einige weitere Unterlassungsklagen sind daher immer noch anhängig. Die Kosten der Gerichtsverfahren belaufen sich auf 2.000 bis 5.000 Euro pro Person – oder auch mehr, wenn wir uns durch mehrere Instanzen klagen.
RWE will unseren Protest mundtot machen – das lassen wir nicht zu!
Kampagnenkosten – findet ihr unter www.untenlassen.org

3.2 Radikale Inhalte in die Mainstream-Presse tragen?

Über eine gute Pressearbeit ist es bis zu einem gewissen Maß möglich, eigene Inhalte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Wir finden es sehr wichtig, dass Kleingruppenaktionen im Bild des Widerstands nicht fehlen.
Doch Pressearbeit ist für viele von uns ambivalent. Medien gehen von einem Status quo aus, der für sie unumstößlich ist. „Seriöse" Medien stellen sich oft als objektiv dar. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist für sie jedoch unveränderbare Grundlage, welcher sie verpflichtet sind. Deshalb ist es beispielsweise so schwer, antikapitalistische Positionen in Medien zu platzieren.
Wir sollten also nicht glauben, Medien wären ein neutrales Terrain, das uns die Möglichkeit gäbe, unsere Ideen Menschen ungefiltert nahezubringen. Unsere Positionen werden immer in das Narrativ der berichtenden Medien gepresst, immer aus ihrem Blickwinkel gezeigt. Sie sind es, die letztendlich aus unseren Aussagen das herausschneiden, was für ihren Bericht am besten passt. Aber es bleiben natürlich Spielräume, die möglichst weit ausgereizt werden können. Wichtig dafür ist eine gute Vorbereitung.
Gleichzeitig halten wir es für wichtig, eigene Medien aufzubauen – diese erreichen allerdings weniger Menschen und häufig solche, die linksradikale Positionen bereits teilen.

Eine Story ist ein Produkt. Zum Beispiel haben wir zu hören bekommen: „Wir machen eine Story, aber gib' uns etwas Exklu-

sives" oder „Wir können berichten, aber dann musst du uns versichern, dass du nur mit uns sprichst." Hier prallen verschiedene Interessen aufeinander. Wir wollen, dass unser Thema möglichst große Verbreitung findet, den Vertreter*innen der Medien ist daran gelegen, dass sie die Konkurrenz ausstechen, die ersten und die einzigen sind.

Uns ist es als radikaler Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung wichtig, welche Akzente wir inhaltlich setzen können. Wir wollen schließlich nicht die Positionen von Politiker*innen der Grünen vertreten. Das gelingt einerseits durch die Wahl der Aktionsform, eine Blockade setzt sich ja über das hinweg, was uns die selbsternannten Demokrat*innen an Protestformen zugestehen möchten. Andererseits plädieren wir dafür, weiterhin den Versuch zu unternehmen, antikapitalistische Inhalte zu setzen, auch wenn das oft schwierig ist.

Für sich sprechen

Im Vorfeld von „WeShutDown" hatten wir bereits abgeklärt, wer sich vorstellen kann, aus der Aktion heraus Interviews zu geben. Außerdem gab es auch zwei Pressesprecher*innen, die sich an einem anderen Ort (in diesem Fall Aachen) aufgehalten haben, der für Pressevertreter*innen gut zu erreichen war. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es sich lohnt, gemeinsam Kernaussagen auszuarbeiten (Was wollen wir rüber bringen?). Die Pressesprecher*in und die Menschen, die Interviews geben, können sich dann daran entlanghangeln. Das vermindert Hierarchien, die eventuell durch die Postion Pressesprecher*in entstehen können, und gibt der Person, die diese Sprachrohr-Funktion erfüllt, Sicherheit.
Gleichzeitig sollte der Rahmen hier nicht zu eng gefasst werden, da ja nicht alle Fragen vorhersehbar sind und wir nicht wollen, dass die Pressesprecher*in handlungsunfähig wird und ständig denkt: „Was kann ich jetzt sagen? Müsste ich das mit der Gruppe rücksprechen?". Generell ist, wie so oft, eine hohe Fehlertoleranz wichtig. Bei Vermummung muss immer bedacht werden, dass Masken für uns oft einen Schutzmechanismus darstellen, für die Medien aber unter Umständen eine Möglichkeit ist, uns als „extrem", „verschworen" oder „gewalttätig" darzustellen.

Risiken und Nebenwirkungen

Es ist wichtig, auch bei der Pressearbeit Sicherheits-Standards einzuhalten. Ein Portrait oder Interview kann dazu dienen, Profile, die Repressionsorgane über uns anlegen, zu füttern. Für einige von uns war es erst möglich, vor die Kamera zu treten, als die Aktion bereits vor Gericht verhandelt wurde, also Menschen bereits identifiziert werden konnten. Und auch dann muss im Umgang mit Medien vorsichtig agiert werden – denn auch hier kann das Gesagte eventuell vor Gericht gegen uns verwendet werden.

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

Arbeitsteilung: Wir machen die Aktion - RWE sorgt für die Aufmerksamkeit

Im Nachhinein betrachtet war es auf jeden Fall eine gute Entscheidung, die Aktion parallel zur COP (in Bonn) zu machen. Dadurch war bereits Aufmerksamkeit vorhanden, die umgelenkt werden konnte. Zusätzlich war ausgerechnet an dem Tag, an dem wir loslegten, die „Klima-Queen", Angela Merkel, für eine Rede bei den sogenannten Klimaverhandlungen. Davon wussten wir nichts, aber die mediale Aufmerksamkeit wurde dadurch noch mal zusätzlich erhöht.

Die größte Aufmerksamkeit bekam die Aktion allerdings nicht am Tag selbst, sondern erst durch RWEs Schadensersatzklage. Nun ist ja bereits bekannt, dass RWE über wenig Feingefühl verfügt, was strategisches Vorgehen anbelangt. Der fossile Dinosaurier im Porzellanladen sozusagen. Dass eine Schlagzeile wie „RWE verklagt Aktivist*innen auf zwei Millionen Euro" auf erhöhtes mediales Interesse stoßen könnte, schien wohl nicht von der Unternehmensleitung in Betracht gezogen worden zu sein. Eine andere Möglichkeit ist, dass es so hingenommen wurde, in der Hoffnung, dass sich eine starke abschreckende Wirkung auf die Bewegung entfaltet (was nicht eingetreten ist, wie an anderer Stelle in diesem Zine nachzulesen ist).

Uns ging es bei der Medienarbeit nicht nur darum, den öffentlichen Diskurs über die Klimakatastrophen anzuheizen, sondern auch darum, RWE die Schadensersatzklage ordentlich zu verbittern. Unsere Hoffnung ist: wenn es uns gelingt, genug Aufmerksamkeit zu erzeugen, dann überlegt es sich RWE in Zukunft zweimal, eine weitere Schadensersatzklage in die Wege zu leiten.

Durch die Höhe der Klage hatten wir natürlich eine sehr gute Ausgangslage für erfolgreiche Pressearbeit. Obwohl wir auch eine ordentliche Portion Skepsis gegenüber der Mainstream-Presse mitbrachten, war es uns wichtig, diese Möglichkeit nicht verstreichen zu lassen. Wir haben deshalb sehr intensiv versucht, die Story unter die Journalist*innen zu bringen. Ein gutes Mittel dafür war es unter anderem, freie Journalist*innen zu recherchieren, die bereits zu verwandten Themen kritisch berichtet hatten, und diese gezielt anzuschreiben/anzurufen. Was auch wirklich positiv war, war, dass es uns gelungen ist, auch internationale Presse an Bord zu bekommen. Es gab, teilweise auch ausführliche, Berichte im Guardian (UK),

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

Publico (spanisch) und Liberation (FRA).

Der Drohnen-Fail

Es geht nicht immer alles glatt über die Bühne. Für die Weisweiler-Aktion hatten wir uns zum Beispiel überlegt, dass, noch während die Aktion am Laufen ist, ein Drohnen-Video hochgeladen wird und dann beispielsweise per Twitter Verbreitung findet. Dafür hatten wir im Vorfeld einen Text geschrieben und eingesprochen, der das Video untermalen sollte. Das Video gab es tatsächlich, aber letztendlich hatte unsere Vorstellung von einer spektakulären Luftaufnahme einer Aufnahme Platz gemacht, die höchstens eine vage Vermutung zuließ, was hier zu sehen ist. Das Überfliegen von Kraftwerken mit Drohnen ist verboten. Die Person, die die Drohne steuerte, konnte nicht lange genug bleiben, um den Tagesanbruch abzuwarten, und musste vorzeitig abbrechen. Daraus haben wir gelernt – Drohnen-Videos im Dunkeln machen wirklich nicht sehr viel her.

Journalist*innen in der Aktion

Es empfiehlt sich, auf gute Erfahrungen, eigene oder die von vertrauenswürdigen Menschen, zurückzugreifen. Es gibt jede Menge Journalist*innen, die schon Aktionen begleitet haben (Nachrichten/Anrufe verschlüsseln!). Es kann allerdings durchaus passieren, dass die Repressionsorgane nicht zwischen Aktivist*innen und Journalist*innen differenzieren und beide gleichermaßen verfolgen. Die Weisweiler-Aktion ist hierfür ein herausragendes Beispiel. Ein Journalist, der die Aktion begleitet und dementsprechend auch Personalien angegeben hat, wird gerade ebenfalls verfolgt. Ihm wurde auch Hausfriedensbruch vorgeworfen und er wird auch von RWE auf 2-Millionen-Euro-Schadensersatz verklagt. Allerdings konnte der Vorwurf des Hausfriedensbruchs bereits abgewehrt werden. Das Verfahren gegen ihn wurde bereits eingestellt. Das Verfahren gegen ihn ist ganz klar ein Angriff auf die Pressefreiheit. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns davon nicht einschüchtern lassen und weiterhin versuchen, Journalist*innen mit in Aktionen zu nehmen. Es hat sich im Nachhinein gezeigt, dass es super-wichtig ist, gutes Bildmaterial aus der Aktion zu haben.

Es kann unter Umständen sinnvoll sein, dass die Journalist*in im Vorfeld informiert ist, aber sie*er erst den Aktionsort betritt, wenn bereits mit der Aktion begonnen wurde (was aber nur in bestimmten Situationen dann noch möglich ist). Wichtig ist auch, abzuklären, wer sich vorstellen kann, Interviews zu geben, und Menschen einzuplanen, die die Journalist*innen begleiten.

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

Positive und negative Erfahrungen im Umgang mit Presse

Oft reproduzieren Medien sexistische Kacke. Es gab Artikel, in denen die Beschreibung körperlicher Merkmale bei einer Aktivistin mehr Gewichtung als bei einem Aktivisten hatten. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, auch auf sich selbst zu achten und nicht alles unter allen Umständen zu machen. Es kann auch sinnvoll sein, ein Interviewangebot abzulehnen, wenn euch die Journalist*innen oder das Medium unsympathisch sind.

Manchmal ist es möglich, marginalisierte Stimmen hörbar zu machen. In einem Aushandlungsprozess ist es beispielsweise gelungen, dass in einer ausführlichen Reportage über die Aktion vor allem ein vom Klimawandel Betroffener aus dem Globalen Süden interviewt wurde. Dieser war bei unserem Prozess als Zeuge geladen.
Auch Sachverständige, die wir mit ins Verfahren geholt hatten, wurden von Medien interviewt und konnten beispielsweise berichten, dass das Kraftwerk Weisweiler im Schnitt 278 Menschen im Jahr allein durch Schadstoffausstoß in der Region tötet (die Toten durch das Vorantreiben der Klimakatastrophe sind hier noch nicht erwähnt). Es kann sich also durchaus lohnen, gegenüber Medien Forderungen zu stellen oder Vorschläge zu machen und nicht nur Dienstleister*in zu sein.

Handbuch Pressearbeit

Im Frühjahr 2020 erscheint das „Handbuch Pressearbeit - soziale Bewegungen schreiben Geschichte*n im Unrast Verlag.
Dieses Handbuch ist eine Ermutigung und Unterstützung für alle Menschen, die die Forderungen von sozialen Bewegungen nach einer gerechten und ökologischen Gesellschaft in die Öffentlichkeit bringen wollen. Die Grundidee ist, dass viel mehr Menschen Pressearbeit lernen können.
Nach einer Einführung in die Entwicklung einer Pressestrategie folgen praktische Tipps rund um das Interview oder Pressemitteilungen sowie Reflexionen über die Besonderheiten der Pressearbeit von sozialen Bewegungen.

Haftrichter lässt Aktivistenduo frei

Veröffentlicht am 16.11.2017 um 17:15 Von GrenzEcho

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

RP ONLINE

Aachen

Festnahmen bei Braunkohle-Krawall

16. November 2017 um 09:25 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Aachen. Aktivisten blockieren das RWE-Kraftwerk Weisweiler. Neue Debatte um Innogy.

Kölner Stadt-Anzeiger

Aktuelle Nachrichten aus Köln und der

HOME KÖLN REGION FREIZEIT 1. FC KÖLN SPORT RATGEBER ANZEIGEN E-PAPER ABO ARENA

Direkt in Ihre Heimat Leverkusen | Rhein-Berg | Oberberg | Rhein-Erft | Euskirchen-Eifel | Rhein-Sieg-Bonn

Kölner Stadt-Anzeiger ▸ Region ▸ Rhein-Erft ▸ Kerpen ▸ Braunkohlegegner: Personalien der Blockierer in Weisweiler noch nicht ermittelt

Braunkohlegegner Personalien der Blockierer in Weisweiler noch nicht ermittelt

16.11.17, 13:44 Uhr

manager magazin

Als Startseite festlegen Schlagzeilen

PREMIUM ÜBER UNS UNTERNEHMEN DIGITALES POLITIK FINANZEN JOB & KARRIERE LIFESTYLE VIDEO

Home • Unternehmen • Energie • Kraftwerk Weisweiler: RWE-Kraftwerke von Aktivisten blockiert

15.11.2017

Stromproduktion blockiert

RWE schaltet Großkraftwerk wegen Kohlemangel ab

Teilen:

Kraftwerk Weisweiler Sabotage! Aktivisten blockieren Kohlezufuhr – Blöcke abgeschaltet

EXPRESS

15.11.17, 13:54 Uhr

Auf eine Klage folgt eine Kampagne

Wirtschaft und Umwelt / Klimaproteste im Rheinland

Blockade legt RWE-Kraftwerk lahm

Aktivisten besetzten am Mittwoch Förderbänder des Kohlekraftwerks Weisweiler / Betreiber mussten Leistung auf zehn Prozent herunterfahren

Von Sebastian Weiermann 16.11.2017, 10:52 Uhr / Lesedauer: 3 Min.

Aktivisten blockieren Braunkohle-Kraftwerk: Block abgeschaltet

Umweltaktivisten haben die Kohlezufuhr zum Braunkohlekraftwerk Weisweiler bei Aachen besetzt. Hintergrund der Aktion ist die Weltklimakonferenz in Bonn.

Kraftwerk Weisweiler lahmgelegt

„Wir handeln, weil andere nur verhandeln": Unter diesem Motto gelangen 13 Aktivisten auf das Betriebsgelände und stören den Betrieb für Stunden. Den Haupttätern drohen jetzt Haftstrafen.

4. Justiz für Konzerninteressen und wie wir damit umgehen können

4.1 Zivilrecht und Strafrecht - Who is Who im Gesetz

Nach der Aktion haben einige Aktivist*innen Post bekommen.

Einmal werden sie vom Staat strafrechtlich verfolgt. Das heißt, ihnen werden Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand und Hausfriedensbruch vorgeworfen. Dazu gab es inzwischen den ersten Prozess am Amtsgericht Eschweiler. Das Urteil (250 bzw. 300 Euro Geldstrafe) ist bisher nicht rechtskräftig, da sowohl die Staatsanwaltschaft als auch wir Berufung eingelegt haben.
Ausführliche Berichte der drei Prozesstage findet ihr auf unserer Homepage.

Neben diesen strafrechtlichen Sachen fordert RWE zum ersten Mal im ganzen großen Stil Schadensersatz. Sie sagen: „Ihr habt uns blockiert, wir konnten keinen Profit erwirtschaften, jetzt müsst ihr für unseren Ausfall bezahlen".
Insgesamt fordern sie 2 071 484 Euro und 26 Cent von fünf Aktivist*innen (und dem vorhin erwähnten Journalisten). Erhofft sich RWE also, dass das Gerichtsverfahren zu ihren Gunsten ausgeht und die Aktivist*innen dann diesen bescheidenen Betrag an sie überweisen? Wird in der Chefetage von RWE schon wild spekuliert, was mit der Finanzspritze alles angestellt werden könnte? Natürlich nicht. RWE weiß, dass diese Summe bei den Angeklagten nicht zu holen ist. Ihnen geht es darum, Menschen vor Aktionen abzuschrecken, die Kohle-Infrastruktur direkt zu blockieren. Dieses Vorhaben ist nicht von Erfolg gekrönt. Zum einen ist die Klimagerechtigkeitsbewegung so breit aufgestellt und ungehorsam wie nie zu vor. Zum anderen wird auch dieses Gerichtsverfahren die Gelegenheit bieten, die Zerstörungen durch den fossilen Kapitalismus ein weiteres Mal anzuprangern. Es gibt bisher noch keine Termine für das zivilrechtliche Verfahren. Dieses wird erst beginnen, wenn die strafrechtlichen Prozesse abgeschlossen sind.

Die Anwaltskanzlei „Redeker, Sellner, Dahs“

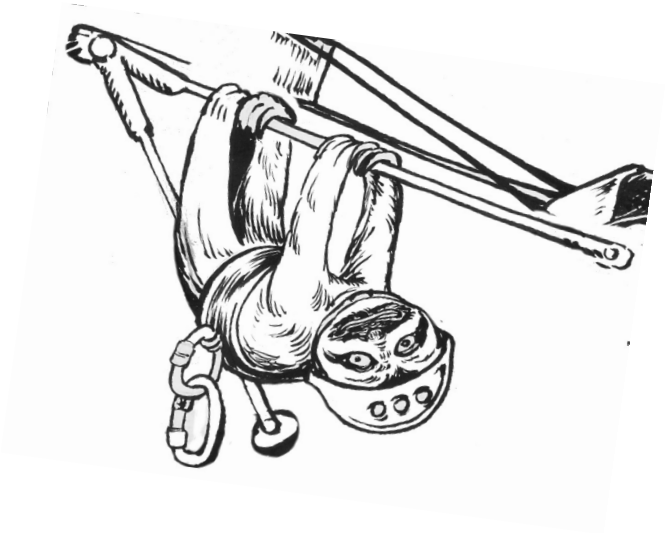
Wen schickt die RWE Power AG los, wenn sie Aktivist*innen das Leben schwer machen möchte? Nein, wir reden weder von Laschet und Reul noch von der nordrhein-westfälischen Polizei. Wenn RWE sich vor Gericht vertreten lassen möchte, greift sie auf echte Profis zurück und ruft bei der Anwaltskanzlei Redeker, Sellner, Dahs an. „Was uns verbindet, ist Persönlichkeit“, lautet der Slogan auf der Startseite des Internetauftrittes – da haben sich zwei gefunden. Während die einen den Planeten aufheizen und damit unser aller Zukunft ruinieren, vertreten die anderen genau solche Machenschaften professionell vor Gericht.

- Ein neues Kohlekraftwerk in Stade bei Hamburg für den Chemiekonzern Dow, der sich renitent weigert, den größten Chemieunfall der Menschheitsgeschichte verantwortungsvoll aufzuarbeiten? Kein Problem, auf Redeker, Sellner, Dahs ist Verlass.

- Eine Verfassungsbeschwerde für Vattenfall schreiben, um die lange überfällige Energiewende doch noch zu kippen oder wenigstens Schadensersatz herauszuschlagen? Natürlich, wen interessiert schon eine Welt ohne Atomreaktorunfälle.

- Den Bundeswehr-Oberst Georg Klein vertreten, der für den historisch schlimmsten Bundeswehreinsatz mit Todesopfern im dreistelligen Bereich inklusive Kindern verantwortlich ist? Ach, was soll's, Redeker, Sellner, Dahs doch egal.

Und das waren nur drei von vielen Beispielen, in denen diese Anwaltskanzlei sich mit denen verbündet, die Schlimmes tun.



4.2 Prozess-Strategie - Wohltat statt Straftat

Kurz vorweg: Für Handlungen, die strafrechtlich relevant sind, jedoch dazu dienen, etwas Schlimmeres zu verhindern, existiert (zumindest in der Theorie) der "rechtfertigende Notstand" (§ 34 StGB). Auch § 32 im Strafgesetzbuch – Notwehr und Nothilfe - wollten die Angeklagten hinzuziehen. Dazu wurden von den Angeklagten jede Menge Beweisanträge formuliert, die ihr auf der Homepage wedontshutup.org finden und weiter verwenden könnt.

Die Angeklagten erklärten gleich zu Anfang, wie sie den Prozess nutzen wollen, um einmal mehr RWE und die fossile Industrie anzuklagen – es folgt ein Ausschnitt aus den Einlassungen:

Heute soll hier also die Blockade des Kraftwerks Weisweiler verhandelt werden.
Wir werden im Verlauf dieses Prozesses zeigen, dass die gegen uns erhobenen Vorwürfe nicht zutreffend sind.

Wir werden erstens zeigen, dass der Vorwurf des Hausfriedensbruchs an dem Ort, an dem wir laut Anklageschrift aufgegriffen wurden, überhaupt nicht in Betracht kommt, da eine vollständige Umfriedung des Kraftwerksgeländes zum angeblichen Tatzeitpunkt nicht gegeben war.

Wir werden zweitens zeigen, dass der Straftatbestand der Störung öffentlicher Betriebe durch ein Verändern im Falle der uns zur Last gelegten Handlungen nicht erfüllt ist. In der Anklageschrift ist an keinem Punkt die Rede davon, dass durch die Blockade die Sachsubstanz verändert wurde.

Wir werden drittens zeigen, dass der Vorwurf des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte nicht haltbar ist. Der Vorwurf ist selbst dann nicht haltbar, wenn man der originellen Ansicht der Oberlandesgerichte Celle und Stuttgart folgt, die das Anketten an irgendetwas als „Gewalt" bezeichnen. Denn laut Anklageschrift war keine*r der Aktivist*innen an der Infrastruktur selbst angekettet.

Aber bevor wir uns überhaupt über Störung öffentlicher Betriebe, Widerstand und Hausfriedensbruch unterhalten können, müssen wir uns eine andere Frage stellen: War diese Blockadeaktion nicht nötig, um die Klimakrise noch zu stoppen?

Justiz für Konzerninteressen

Wir werden zeigen, dass nicht Blockaden stören, sondern RWE – und zwar das Klima des gesamten Planeten.
Wir werden zeigen, dass nicht Blockaden gefährden, sondern RWE – und zwar das Leben und die Lebensgrundlagen vieler Menschen.
Und wir werden zeigen, dass nicht Blockaden schaden, sondern RWE – und zwar den Menschen hier in der Region, den Menschen im Globalen Süden und den zukünftigen Generationen.

Die hier verhandelte Blockade hat dazu beigetragen, den Schaden, den RWE jeden Tag anrichtet, zu begrenzen. Und sie hat damit auch dazu beigetragen, die Klimakrise ein kleines Stückchen aufzuhalten.
Dabei ist es uns wichtig, zu betonen: Die Blockade ist nur ein Puzzlestück der großen und vielfältigen Proteste und Aktionen gegen die Braunkohleindustrie und für Klimagerechtigkeit.

Wir werden hier und heute sehen, dass nicht wir, sondern die rheinische Braunkohleindustrie, die größte CO2-Quelle Europas, auf die Anklagebank gehört.
Und dass direkte Aktionen, wie die Blockade des Kraftwerks Weisweiler, wichtige und notwendige Handlungen sind, um die Klimakrise noch zu stoppen.

Wir werden also umfangreich beweisen, dass es unerheblich ist, ob uns die drei genannten Vorwürfe nachgewiesen werden könnten oder nicht, weil sämtliche

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass uns die Wahl der Mittel durch das Gericht vorgegeben ist. Das heißt, wir müssen hier mit Gesetzen und Paragraphen arbeiten, auch wenn wir keine Freund*innen davon sind. Im Gegenteil: Für uns sind Justiz und Gesetze Mittel des Staates, um Herrschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten.

Wir werden also beweisen:

Erstens – dass die Klimakrise schon da ist und besonders die Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden zerstört, dass sie krank macht und tötet. Dazu werden wir im Laufe des Prozesses unterschiedliche Statements hören, unter anderem von Mohon Kumar Mondal aus Bangladesh und von Dipti Bhatnagar aus Mosambique sowie von Seuri Sanare Lukumay aus Tanzania.

Wir beweisen außerdem, dass das Kraftwerk Weisweiler Men-

Handlungen, für die wir hier angeklagt sind, die Voraussetzungen für Straffreiheit nach § 32 – also Notwehr bzw. Nothilfe – und § 34, den sogenannten rechtfertigenden Notstand, erfüllen.

schen hier in der Region unter anderem durch Feinstaub krank macht und tötet. Dazu hören wir zwei Sachverständige: den Kinderarzt Christian Döring aus Köln und die Meteorologin Rosa Gierens.

Wir werden darüber hinaus beweisen, dass der Umgang der Bundesregierung und der Regierungen weltweit mit der Klimakrise ein Schlag ins Gesicht ist, ein Schlag ins Gesicht der bereits heute Betroffenen, ein Schlag ins Gesicht der heutigen Kinder und ein Schlag ins Gesicht aller Menschen, die in Zukunft auf diesem Planeten leben werden. Dazu ist Prof. Birnbacher, ein Klimaethiker, geladen.

Wir beweisen **zweitens**, dass im Klimasystem vorhandenen Kipppunkte durch den Ausstoß von Emissionen schneller erreicht werden, wie uns der Sachverständige und Klimawandelforscher Tobias Bayr erklären wird.

Wir beweisen **drittens**, dass auf politischer Ebene, hier in Deutschland und weltweit, in keiner Weise genug unternommen wird, um die Klimakrise noch zu stoppen.

Wir beweisen **viertens**, dass allein das Kraftwerk Weisweiler mit seinen 19 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr zu 0,0355% zum Klimawandel beiträgt. Und dass das Kraftwerk Weisweiler durch Luftverschmutzung im Durchschnitt alle vier Betriebstage drei Menschen tötet.

Wir beweisen **fünftens**, dass die hier verhandelte Blockade tausende Tonnen CO2-Emissionen sowie Feinstäube durch das Kraftwerk Weisweiler verhindert hat – und damit die Klimakrise und ihre schädlichen Folgen zumindest ein kleines Stück weit aufgehalten hat.

Und wir beweisen **sechstens**, dass das Kraftwerk Weisweiler Strom produziert, der nicht für die Versorgung der Bevölkerung bestimmt ist – sondern ausschließlich, damit RWE Geld verdient.

Daraus ergibt sich der rechtliche Schluss, dass die Blockade des Kraftwerks Weisweiler notwendig, geeignet und angemessen war, um Rechtsgüter der Blockierenden – Gesundheit, Leben, Freiheit, Ehre, Sicherheit, Eigentum – und Rechtsgüter von anderen Menschen, besonders denjenigen im globalen Süden, zu schützen.

Dies erfüllt die Voraussetzungen der Nothilfe, der Notwehr und des rechtfertigenden Notstandes.

Die Blockade des Kraftwerks ist folglich nicht strafbar.

Lasst uns mit dieser Verhandlung einmal mehr zeigen, was gerade wirklich wichtig ist:

Aufstehen fürs Klima!

4.3 Eine Bühne für ungehörte Stimmen - Zeug*innen und Sachverständige im Verfahren

Teil der Prozessstrategie war es, Menschen als Zeug*innen und Sachverständige vor Gericht zu Wort kommen zu lassen, die unser Plädoyer für rechtfertigenden Notstand und Notwehr/Nothilfe mit ihren Argumenten untermauern können. Gemeinsam wollten wir im Prozess folgende Fragen stellen: „Müssen wirklich diejenigen bestraft werden, die durch ihre Aktion einen kleinen Teil des Schadens verhindert haben, den der fossile Dinosaurier RWE jeden Tag anrichtet?" oder „Ist das Profitinteresse eines Konzerns höher zu werten als das Überleben von Millionen von Menschen, die bereits jetzt, die in der Zukunft vom Klimawandel betroffen sein werden?" Wir haben uns also im Vorfeld des Prozesses zuerst überlegt, wer hierfür infrage kommt und uns dann auf die Suche nach passenden Menschen gemacht.

Gericht verhindert Aussagen

Es wurde letztendlich die Ladung von einem Zeugen und vier Sachverständigen beantragt und vom Gericht im Vorfeld bewilligt. Seuri Sanare Lukumay wollte über die Auswirkungen des Klimawandels auf seine Familie in Tansania berichten. Tobias Bayr, Klimaforscher beim GEOMAR-Zentrum in Kiel, wollte herleiten, wie der Klimawandel erzeugt wird, welchen Anteil daran das Kraftwerk Weisweiler hat und welche Rolle Kipppunkte im Klimasystem spielen. Rosa Gierens, Meteorologin aus Köln, war beteiligt an einer Studie, die die Absonderung von Stickoxiden und Feinstaub durch Kohlekraft dokumentiert. Durch diese Studie konnte ermittelt werden, dass durchschnittlich alle 31,5 Stunden ein Mensch an den Folgen der Luftverschmutzung allein durch das Kraftwerk Weisweiler stirbt. Christian Dörings Fachgebiet als Kinderarzt aus Köln ist es wiederum, die Verbindung zwischen dem Schadstoff, der jeden Tag durch die Kohleverstromung ausgestoßen wird, und Atemwegserkrankungen (Bronchitis und Asthma) herzustellen. Auch angereist war der Philosphie-Professor Dieter Birnbacher, Autor von „Klimaethik. Nach uns die Sintflut?". Ihm ging es darum, aufzuzeigen, dass das Vorantreiben des Klimawandels auch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben zukünftiger Generationen verletzt.

Ein großer Erfolg war es zwar, dass viele der vertretenen Argumente bereits in der Einlassung (eine Art Eingangsstatement

durch die Angeklagten) verlesen werden konnten, allerdings hat das Gericht dann, mit rechtsfehlerhafter Begründung, die Anhörung der Zeugen und Sachverständigen verhindert.

Zwei Sachverständige am zweiten Verhandlungstag

Erst am zweiten Verhandlungstag war es dann möglich, das rechts-fehlerhafte Verhalten des Richters zu skandalisieren und dadurch die Anhörung zumindest von zwei Sachverständigen zu ermöglichen. Vermutlich hätte das Gericht in dieser Situation auch unsere anderen Sachverständigen und unseren Zeugen zugelassen. Allerdings hatten diese eine sehr weite Anreise und wollten nicht noch einmal den weiten Weg zurücklegen, ohne dass sichergestellt ist, dass sie ihre Argumente vortragen können.

Aber zumindest die Meteorologin und der Kinderarzt wurden letztendlich vom Gericht gehört und trugen eine ausführliche Begründung vor, warum das Kraftwerk Weisweiler in der Region Menschen tötet.

Rosa Gierens konnte vor Gericht darstellen, wie sich die Schadstoffbelastung durch Kohlekraftwerke allgemein und durch Weisweiler im Speziellen konkret zeitlich und räumlich darstellt.

Danach sprach Christian Döring. Er beschäftigt sich als Arzt seit vielen Jahren mit den Auswirkungen von Feinstaub und Luftverschmutzung auf den menschlichen
Körper, besonders auf den von Kindern. Er erklärte, warum Feinstäube besonders gesundheitsschädlich sind, zum Beispiel, wie die verschiedenen Feinstäube und Gifte im menschlichen Körper wirken und inwiefern Kinder davon stärker betroffen sind als Erwachsene. Er konnte auch darüber berichten, wie sich das Wissen über die Wirkung von Feinstäuben in den letzten Jahren verbessert hat, ohne dass jedoch die Richtlinien für Kraftwerksbetriebe an die neuen Erkenntnisse angepasst
worden wären.

Koloniale Kontinuität im Gericht

Besonders im Gedächtnis blieb die Ablehnung des Zeugen Seuri Sanare Lukumay. Ohne überhaupt über dessen Hintergrund im Bilde zu sein, ließ der Richter verlauten, dass seine Aussage nicht geeignet sei, um die Verantwortung Deutschlands am Klimawandel darzustellen. Die Ignoranz des Gerichts ist beispielhaft dafür, wessen Stimme gehört wird, wer die Möglichkeit bekommt, seine*ihre Perspektive zu schildern, und wer nicht. Dass die Stimmen von Betroffenen des Klimawandels marginalisiert werden, ist nichts Neues und ein Ausdruck des nach wie vor kolonialen Verhältnisses zwischen Globalem Norden und Globalem Süden.

Justiz für Konzerninteressen

Hätte Seuri Sanare Lukumay an diesem Tag aussagen können, hätte sehr wohl die Relevanz für den Prozess aufgezeigt werden können. Für viele Menschen ist die Klimakatstrophe kein weit entferntes Zukunftsszenario, sondern schon heute Alltag. So auch in Tansania. Seuri Sanare Lukumay hätte berichten können, wie seine Familie und andere Massai aufgrund der zunehmenden Dürre nicht mehr in der Lage waren, in ihrem Heimatort Viehzucht zu betreiben. Wie nach und nach die Rinder und Ziegen nicht mehr versorgt werden konnten und starben. Wie die Familie dann als letzte Konsequenz die Entscheidung treffen musste, ihr Zuhause zu verlassen. Die Geschichte seiner Familie ist die von Klima(Binnen-)migrant*innen. Eine Geschichte, die in ähnlicher Form alltäglich ist. Dass eine direkte Verbindung zwischen diesen Geschichten und der Verbrennung von Braunkohle in Deutschland besteht, ist vor allem eines – offenkundig.

4.4 Arbeitsteilung zwischen Anwält*innen und Aktivist*innen

Ich hatte in meinem Leben schon einige Gerichtsverfahren aufgrund von aktivistischen Tätigkeiten. Vor dem Prozess in Eschweiler habe ich sie nach zwei verschiedenen Arten geführt:
Entweder ich habe mich selbst verteidigt bzw. mich von einem Laienverteidigi verteidigen lassen oder ein Anwalti hat mich verteidigt.
In den Fällen, bei denen ich von einem Anwalti vertreten wurde, habe ich meistens wenig bis nichts vorbereitet und ihn/sie machen lassen, was für mich relativ entspannt war.
Wenn ich mit einem Laienverteidigi gearbeitet habe, war das anders, da kam immer verdammt viel Arbeit auf uns zu.

Beim Prozess in Eschweiler kam dann irgendwie beides zusammen. Ich und meine Mitangeklagtis haben sehr viel Arbeit in den Prozess gesteckt und hatten zusätzlich Anwältis.

Justiz für Konzerninteressen

Das hatte auf jeden Fall einige Vorteile, so haben unsere Verteidigis Vieles von dem, was wir geschrieben haben, gegengelesen und uns rechtliche Tipps gegeben. Im Prozess selber war dann auch viel mehr möglich, denn bei Anwaltis können Richtis dann doch zumindest ein bisschen weniger willkürlich handeln.

Nur leben Anwaltis dann eben doch ein bisschen in einer anderen Welt als wir, zum Beispiel haben manche von ihnen nicht alle Wörter gegendert.

Aber alles in allem hat es mir auf jeden Fall Spaß gemacht, mit ihnen zusammen zu arbeiten!

4.5 Perspektive eines solidarischen Anwalts

Warum unterstütze ich Aktivist*innen solidarisch vor Gericht?

Ich unterstütze grundsätzlich Beschuldigte in einem Strafverfahren. Warum? Weil sie das schwächste Teilchen im Rechtsstaat sind. Weil der Staat mit seiner geballten Macht, seinen Ermittlungsbehörden und Strafbefugnissen sich in besonderer Weise an die selbst gesetzten Regeln halten muss. Weil nur dann ein Verfahren fair ist.

In politischen Strafverfahren verschärft sich der (für ein Strafverfahren ohnehin typische) Konflikt zwischen Beschuldigten-Interessen und staatlicher Strafverfolgung: Wenn einzelne (oder Gruppen) staatlich gewollte oder aufrecht erhaltene Zustände für systemisch falsch halten (sprich: wenn sie die vom Staat gewollte, durch sein Strafrecht verteidigte und durch die Rechtsordnung aufrecht erhaltene Wirtschafts- und Sozialordnung für ungerecht und allgemein schädlich halten), geht es für den Staat um seine

Justiz für Konzerninteressen

Existenz, und das Strafrecht müsste eigentlich seine eigene Existenz rechtfertigen: Denn genau jene Verhaltensweisen, die eine Systemänderung bewirken wollen, werden mit „systemerhaltendem" Freiheitsentzug bestraft – und das bedarf eigentlich der Rechtfertigung. Deshalb wird dann von Gericht und Staatsanwaltschaft der Inhalt des Verfahrens so schnell wie möglich auf den rein strafrechtlichen Vorwurf beschränkt. Zugleich wird versucht, die politische Sicht der Dinge aus dem Prozess herauszuhalten. Denn diese werfen unangenehme Fragen auf, die in einem Strafverfahren niemand beantworten kann. In politischen Strafsachen unterstütze ich Aktivist*innen deshalb, damit sie ihre Sicht der Dinge im Prozess wirksam geltend machen und ihre politischen Ziele in juristischer Hinsicht umsetzen können. Politische Überzeugungen und Argumente müssen in die Formalien des Strafverfahrens übersetzt werden. Denn sonst werden die politischen Interessen dadurch marginalisiert, dass sie mit dem Strafvorwurf unmittelbar nichts zu tun hätten.

Der Verteidiger ist gleichberechtigtes Organ der Rechtspflege, und ist mit besonderen Rechten und Pflichten ausgestattet. Diese machen ihn nach der gesetzlichen Konstruktion zu einem Akteur, der mit Gericht und Staatsanwaltschaft auf Augenhöhe agieren kann (und sollte). Schon hierdurch kann der politische Hintergrund durch einen Verteidiger leichter und effektiver eingeführt werden. Aktivist*innen diese Möglichkeit zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise zu verhindern, dass ihre politischen Argumente ungehört bleiben, ist meine professionelle Aufgabe. In persönlicher Hinsicht möchte ich die (mit Sicherheit auf uns alle zukommende) Frage der nächsten Generation –„Und was hast du getan?"– guten Gewissens beantworten können: Ich habe mit dem, was ich konnte, diejenigen unterstützt, die versucht haben, den Planeten zu erhalten.

Wie habe ich die Zusammenarbeit erlebt?

Die Zusammenarbeit zwischen Aktivist*innen und Anwält*innen in diesem Verfahren war etwas Besonderes. Ich bin gewohnt, dass Mandant*innen mir bis zu einem gewissen Grad vertrauen. Das ist für den Anwaltsberuf notwendig und unausgesprochene Bedingung einer Zusammenarbeit, insbesondere im Strafverfahren. Dass hier allerdings die Aktivist*innen ihre ganz persönliche Überzeugung konsequent den Prozess hindurch beibehalten und mir gleichzeitig das Vertrauen entgegen gebracht haben, es prozessual umzusetzen, war ganz besonders. Überzeugung ist etwas Höchstpersönliches und nicht immer rational zu begründen. Dass man mir in diese Überzeugung nicht nur Einblick gewährt hat, sondern mir erlaubt hat, diese – so gut es eben ging – prozessual umzusetzen, war sehr angenehm.

Das Besondere an diesem Prozess

Das Besondere an diesem Prozess? Die Mühe, die sich die Angeklagten gemacht haben, um das Verfahren sowohl juristisch durchdacht als auch voller Überzeugung zu führen. Es ist anstrengend, schwierig und kompliziert, ablehnende politische Überzeugungen auf formal korrekte Weise in einem Verfahren zur Geltung zu bringen. Wer ablehnende politische Meinungen in ein Strafverfahren einführt, stellt das Strafrecht an sich in Frage. Hiergegen wehren sich die Strafverfolgungsbehörden mit Händen und Füßen. Die Tatsache, dass Strafrecht per se politisch ist und bestimmte politische Ansichten mit Strafe durchsetzt, wird von allen Akteuren des Strafverfahrens konsequent ignoriert. Denn nur so kann einer abweichenden (aber möglicherweise strafbaren) politischen Ansicht entgegengehalten werden, man wolle nicht über Politik (also über das Strafrecht selbst) diskutieren, sondern nur über den Strafvorwurf. Diesem Vorhalt entgegenzutreten ist den Angeklagten sehr gut und effektiv gelungen. In etlichen Fällen blieb für uns Anwält*innen „nur" noch die „Endredaktion". Und jede*r der Aktivist*innen war bereit, so lange an Formulierungen und Anträgen zu feilen, bis die richtige Balance zwischen Überzeugung und juristischer Notwendigkeit gefunden war. Dieser Arbeitsaufwand hatte den Vorteil, dass auch wir Anwält*innen eingeladen wurden, über „Selbstverständliches" immer wieder nachzudenken. Zu keinem Zeitpunkt war es das Ziel der Angeklagten, das Verfahren zu stören oder zu torpedieren, weil das in diesem Verfahren nicht sinnvoll gewesen wäre. Wer überzeugen will, braucht willige Zuhörer – keine genervten. Dass dies von Anfang bis Ende durchgezogen wurde, hat wohl auch das Gericht ab einem gewissen Punkt überzeugt, dass die Aktivist*innen es von der ersten bis zur letzten Sekunde mit ihrer Überzeugung ernst meinten und ernst meinen. Und somit hat die Überzeugung am Ende auch zum guten Ergebnis beitragen können.

4.6 Gedanken von Unerkannten

Manchmal geistert mir die Angst durch den Kopf, nachträglich erkannt zu werden. Besonders bei Aktionen in NRW bin ich vorsichtig. Aber ich will mich davon nicht einschüchtern lassen, auch wenn es blöd wäre, den Prozess jetzt alleine, anstatt mit den anderen gemeinsam, führen zu müssen. Aber wenn ich jetzt aufhören würde, hätten sie mit ihrer Repression erreicht, was sie wollten.

Bei meinem ersten Besuch im Hambi nach der Aktion hatte ich richtig Bammel, erkannt zu werden, obwohl viele Menschen da waren. Aber eben auch Polizei. Und bei Gesa-Aufenthalten da-

nach war ich mir oft sicher: Diesmal checken sie, dass du das auch gemacht hast, und du bleibst in U-Haft bis sie deinen Namen haben. Irgendeine*r der Bürokrat*innen hier wird sich an dich erinnern, auch wenn sie keine Fingerabdrücke haben. Bis heute ist's gut gegangen.

Bei Prozess und Kampagne fühlte es sich manchmal so an, als ob ich die Angeklagten allein lassen würde, weil sie die Einzigen sind, die in der Öffentlichkeit sprechen können, da ihre Namen ja bereits bekannt sind. Ich gebe mir Mühe, sie im Hintergrund zu unterstützen, aber ich wünschte, ich könnte mehr machen. Manchmal denke ich: hätten sie mich doch erkannt, dann könnte, müsste ich sogar mehr machen. Mir ist auch jetzt erst so richtig bewusst geworden, wie viel politisches Potential in so einem Prozess steckt.

Ich überlege, bei zukünftigen Aktionen meinen Ausweis mitzunehmen. Sollen sie mich doch kriegen. Geld würden sie von mir eh nicht bekommen und der Prozess kann eine gute Bühne sein, um für unsere Forderungen nach einer gerechten Welt einzustehen. Vielleicht sollten wir sie mehr nutzen?

Ich freue mich, dass wieder einmal gezeigt werden konnte: Nicht nur bei Massenaktionen mit tausenden Teilnehmenden, sondern auch bei Kleingruppen-Aktionen kann Personalien-Verweigerung zumindest für einige funktionieren. Und jeder so vermiedene Prozess spart der Bewegung Geld und Arbeit.

Die Polizei hat mich zwar nicht erkannt, aber meine Familie schon. Das führt immer mal wieder zu unangenehmen Situationen, weil Menschen mich darauf ansprechen, wenn ein Haufen Handys im Raum liegt, zum Beispiel auf Familienfeiern. Aber es gibt auch Anlass für wichtige Auseinandersetzungen. Ein Onkel war zum Beispiel empört, dass ich auf Bildern zu erkennen war, und dass Journalist*innen damit meine Persönlichkeitsrechte verletzt hätten. Wäre ich vermummt gewesen, wäre er an vorderster Front derer gewesen, die darüber wettern, dass diese Leute doch gefälligst zu dem stehen sollen, was sie da tun. So gab es die Möglichkeit, noch mal klarzumachen, dass ich das nicht aus Jux gemacht habe, sondern damit ein persönliches Risiko eingehe, um unsere Aktionen mehr Menschen zu vermitteln, die dann nämlich nicht sagen können, das sind doch alles nur vermummte Gewalttäter. Auch wenn Zeitungen das trotzdem gern schreiben.

Selbst so ein recht hohes persönliches Risiko (potentiell die nächsten Jahrzehnte von circa 1000 € monatlich leben müssen) eingegangen zu sein, hat mich dem Kampf um Klimagerechtigkeit noch mehr verbunden. Das bedeutet aber auch, dass ich mich

davon nur schwer abgrenzen kann, wenn wieder mal woanders Scheiße passiert und ich nicht nachvollziehen kann, wie anderen ihre Ausbildung, Job, Familiengründung wichtiger sein können.

Einige meiner engsten Freund*innen oder Mitbewohner*innen wissen nichts von meiner Rolle in der Aktion. Natürlich vertraue ich ihnen, dennoch habe ich Hemmungen, ihnen davon zu erzählen, auch wenn es mir in manchen Situationen wichtig wäre. Abwägen zu müssen, wem ich die notwendige Geheimhaltung zutraue und bei welchen Menschen dieses Geheimnis unangenehm zwischen uns stehen würde, ist scheiße.

Einige Freund*innen, die wussten, dass ich dabei war, haben mich danach nie darauf angesprochen, wie es mir damit geht oder wie es war. Ich freue mich, dass sie vorsichtig sind. Aber manchmal fühlt es sich auch an, als wäre ihnen nicht bewusst, dass das ein krasses Erlebnis war und für mich nicht nur eine beeindruckende Meldung: Eine Handvoll Leute haben ein Kraftwerk fast ganz abgeschaltet.
Tatsächlich macht die Aktion einen wichtigen Teil meiner aktivistischen Identität aus. Gleichzeitig aber einen, den ich nicht öffentlich zeigen kann, um nicht nachträglich erkannt zu werden. Ich bin hin- und hergerissen, ob ich das gut oder schlecht finde. Denn natürlich habe ich das nicht gemacht, damit mir hinterher Menschen auf die Schulter klopfen, weil ich so mutig war.

Vielleicht wäre es sogar besser, mit mehr Menschen darüber zu sprechen. Um zu zeigen, dass wir „normale" Menschen sind, und um andere zu empowern. Und weil ich den Austausch darüber, warum ich mich gezwungen fühle, so zu handeln, wichtig finde. Ich glaube, dass das eigentlich viele Menschen teilen, sie aber keinen Bezug dazu haben. Und der könnte in persönlichen Gesprächen eher geschaffen werden.

taz POLITIK ÖKO GESELLSCHAFT KULTUR SPORT BERLIN NORD WAHRHEIT

Weisweiler-Prozess

Klima-Aktivismus als Notwehr

Fünf Angeklagte sollen ein Kohlekraftwerk blockiert haben. Am zweiten Prozesstag wurde abermals das Argument Notwehr diskutiert.

ANF NEWS

Aktivisten: Internationale Klimapolitik hat völlig versagt

Zeitgleich mit den UN-Klimaverhandlungen in Madrid findet der vermutlich letzte Verhandlungstag im Prozess gegen fünf Klimaaktivist*innen um die Blockade des Braunkohlekraftwerks Weisweiler statt.

Blockiertes Kraftwerk

Aachener Zeitung

Was die Angriffe am Hambacher Forst mit einem Prozess in Eschweiler zu tun haben

29. OKTOBER 2019 UM 13:01 UHR

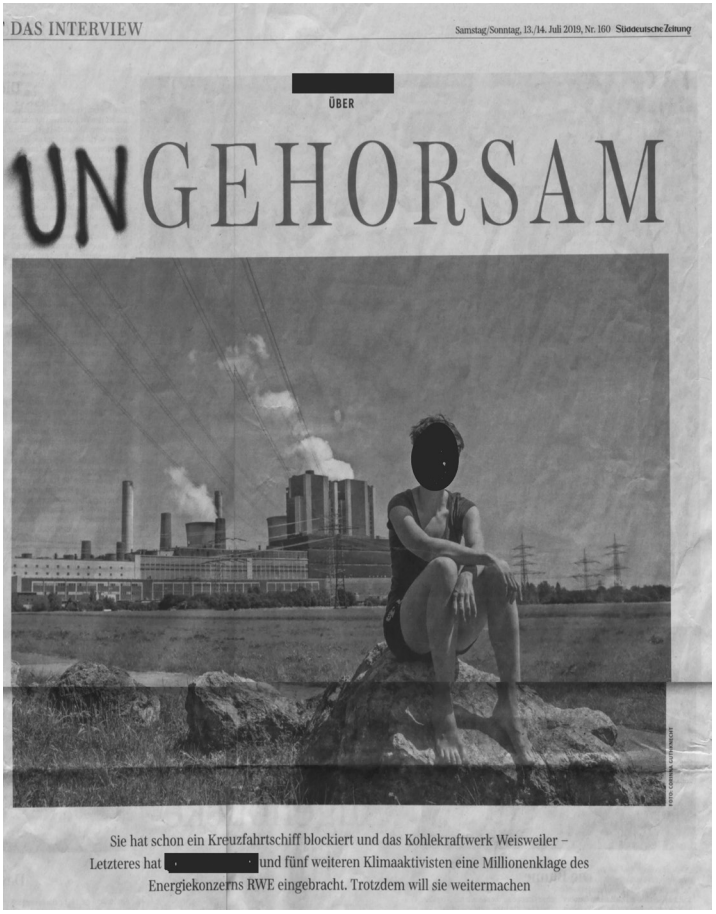
Kraftwerkblockiererin wird von RWE verklagt

"Ich würde es wieder tun"

SPIEGEL Wirtschaft

[redacted] hat ein Kohlekraftwerk lahmgelegt, nun hat sie der Energiekonzern RWE auf Schadensersatz in Millionenhöhe verklagt. Wie geht sie damit um?

Von **Lukas Eberle**
26.10.2019, 00:01 Uhr



DAS INTERVIEW

Samstag/Sonntag, 13./14. Juli 2019, Nr. 160 Süddeutsche Zeitung

[redacted]

ÜBER

UNGEHORSAM

FOTO: CARMEN KUTSCHERAUER

Sie hat schon ein Kreuzfahrtschiff blockiert und das Kohlekraftwerk Weisweiler – Letzteres hat [redacted] und fünf weiteren Klimaaktivisten eine Millionenklage des Energiekonzerns RWE eingebracht. Trotzdem will sie weitermachen

5. Wie weiter?

5.1 Zwei Millionen Euro Schadensersatz? Portokasse?

Dass nach Aktionen strafrechtliche Verfahren aufgenommen werden, ist eine übliche Vorgehensweise der Repressionsorgane bei Aktionen der Klimagerechtigkeitsbewegung. Neu ist allerdings, dass RWE auch eine Schadensersatzklage in die Wege geleitet hat. Bescheidene zwei Millionen Euro soll ihre Anwaltskanzlei einklagen. Sowohl von der Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs als auch von der Forderung nach zwei Millionen Euro war bzw. ist auch ein Fotograf betroffen, der die Aktion journalistisch begleitete.

Europas größter Klimakiller, dessen Kraftwerke weltweit Lebensgrundlagen zerstören, will also Millionen von einer Gruppe Menschen, die einen kleinen Teil des Schadens verhindert hat, den der Konzern jeden Tag anrichtet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass RWE wirklich die Hoffnung hegt, von den An-

Wie weiter?

geklagten auch nur einen Bruchteil der geforderten Summe zu bekommen. Sollte das Verfahren nach ihren Vorstellungen verlaufen, dürfte klar sein, dass die Aktivist*innen zahlungsunfähig sein werden. Warum also der ganze Aufwand? Es geht um Einschüchterung. Offensichtlich will RWE Menschen unbedingt davon abhalten, in Zukunft vergleichbare Aktionen zu machen.

Lebensversicherung für eine widerständige Existenz

Die Klage kommt nicht überraschend. In der Vorbereitung der Aktion wurde dieses Szenario von den Aktivist*innen in Betracht gezogen. Es gab bisher nur wenige Beispiele für die Drosselung von Kraftwerksblöcken durch eine so überschaubare Gruppe. Aber was würde es heißen, wenn RWE wirklich Erfolg haben sollte? Die Betroffenen haben dann die Möglichkeit, eine Vermögensauskunft abzugeben. Das heißt, dass sie für 30 Jahre – danach werden die Schulden getilgt – nicht mehr als circa 1100 Euro im Monat verdienen dürfen. Gehen in einem Monat mehr als (circa) 1100 Euro auf dem Konto ein, geht der überschüssige Betrag an den Gläubiger, in diesem Fall RWE. Damit die wohl-schaffende Bevölkerung (vor allem Imobilienbesitzer*innen und Unternehmen) vor den Schuldner*innen geschützt wird, gibt es den Schufa-Eintrag. Das bedeutet, dass beim Abschluss eines Vertrags die Vertragspartner*in sehen kann, dass du verschuldet bist, und

Wie weiter?

sich dann in der Regel gegen ein Geschäft mit dir entscheidet. In der Konsequenz heißt das, dass wir auf Freund*innen und Genoss*innen angewiesen sind, die Verträge für uns abschließen. Außerdem kann die*der Gerichtsvollzieher*in bei uns zu Hause vorbei kommen, um wertvolle Gegenstände zu pfänden. Vielleicht vermutet die Leser*innenschaft dieses Zines ja bereits, dass die Angeklagten weder über ein monatliches Einkommen von über 1100 Euro verfügen noch ein Eigenheim vorzuweisen haben, das ihnen weg-gepfändet werden könnte. Es ist durchaus möglich, das Leben so einzurichten, dass RWE wirklich keinen Cent zu Gesicht bekommt. Aber die Zeiten ändern sich doch! Kommt nicht für alle irgendwann der Moment, in dem mensch sich mal etwas leisten möchte? Oder einfach die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft zu groß werden und ein Einlenken erzwingen. Job, Kinder, eine gute Ausbildung, eine geräumige Wohnung und mal nett essen gehen? Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist, was das Alter betrifft, durchaus divers. Trotzdem wird auf jedem Klimacamp oder Plenum deutlich, dass die meisten Aktivist*innen unter 30 sind. Ein Berg Schulden ist somit zumindest eine Absicherung, der Menschen vor einer Existenz ohne widerständigen Alltag und Aktivismus bewahrt. Für viele also durchaus eine Überlegung wert. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass derartige Gedanken aus einer privilegierten Position geäußert werden. Für Menschen, die aufgrund von Rassismus Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden, ist es vielleicht keine Option, sich auch noch durch einen Schufa-Eintrag das Leben schwer zu machen. Oder wie ist es mit Menschen, die schon immer schwer arbeiten mussten, um über die Runden zu kommen, und sich im Notfall nicht auf ein gut situiertes Elternhaus verlassen können? Nichtsdestotrotz ist „Von uns kriegt ihr nix!" eine kraftvolle Aussage, durch die die Einschüchterungsversuche durch RWE zurückgewiesen werden. Direkte Aktionen gegen fossile Industrien stehen in Solidarität mit den Betroffenen des Klimawandels, den Millionen von Menschen, die jetzt schon unter der Zerstörung leiden, und den hunderten von Millionen, die in den nächsten Jahrzehnten darunter leiden werden.

„Von uns kriegt- ihr nix"-Zine

Das Beste, was die Schuldner*innen-Fachliteratur zu bieten hat. Alles, was wir in diesem Zine nur anreißen konnten, wird hier von allen Seiten beleuchtet. Es wird ausführlich erklärt, wie mensch sich so organisieren kann, dass Schuldenberge nur einen kleinstmöglichen negativen Einfluss auf das Leben haben. Pflichtlektüre!

http://vonunskriegtihrnix.blogsport.eu/

Wenn eins längere Zeit politisch aktiv ist und entsprechend auch mit dem Staat oder politischen Gegnern aneinandergerät, lassen sich Geldforderungen

Wie weiter?

oftmals nicht vermeiden. Aus Überforderung oder Unwissenheit werden solche Forderungen häufig beglichen, ohne über alternative Umgangsweisen nachgedacht zu haben. Dieser Reader will Möglichkeiten vorstellen, die von einfachem Zahlen und Solipartys-Organisieren weggehen. Er soll auch Einblicke in ein Lebenskonzept geben, das von einigen Aktivistinnen bereits erfolgreich praktiziert wird. Der Reader ist kein hypothetischer Ansatz, sondern ein praktischer Leitfaden von Aktivisten, die darin ihre Erfahrungen im Umgang mit Geldforderungen weitergeben wollen. Vielleicht entschließt sich die eine oder der andere ja auch dazu, bei der nächsten Rechnung nicht mehr zu zahlen und die Gegenseite auf den Kosten sitzen zu lassen. Damit lässt sich nicht nur der Gegenseite ein Schnippchen schlagen; auch das gängige Konzept von Eigentum kommt ins Wanken, wenn eins sich davon emanzipiert.

5.2 Und wie geht's jetzt weiter?

Während wir dieses Zine schreiben, liegt die erste Instanz des Strafprozesses hinter den Angeklagten. Irgendwann wird es das Berufungsverfahren am Landgericht Aachen geben.
Danach ist offen, ob der Strafprozess sogar noch in höhere Instanzen gehen wird oder nicht.

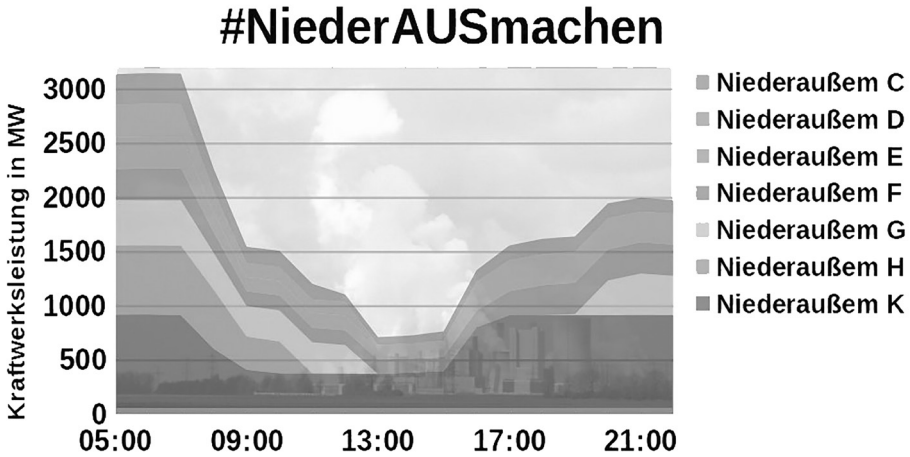
Und dann kommt der Zivilprozess, in dem entschieden wird, ob die Blockade wirklich einen wirtschaftlichen Schaden von über 2 Millionen verursacht hat und ob die Aktivist*innen diese Summe zahlen müssen oder nicht.

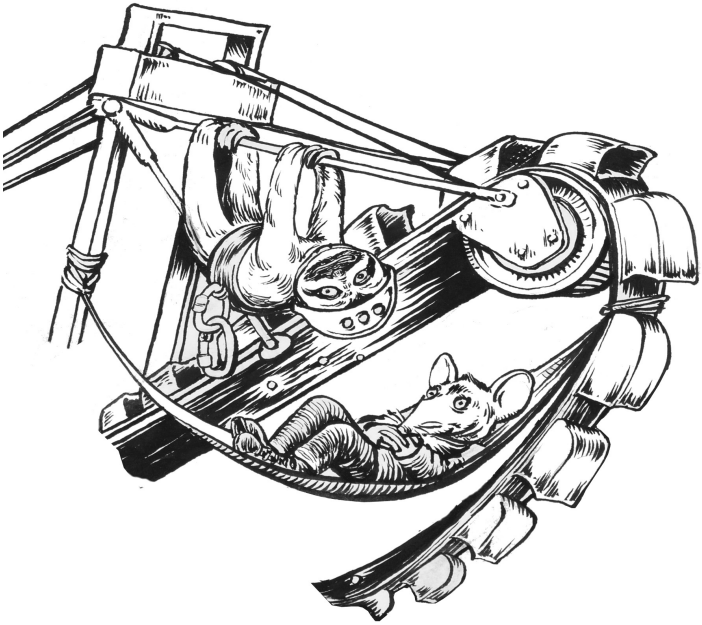
Es bleibt also spannend, und wir spielen auch gerade schon mit dem Gedanken, dieses Zine dann irgendwann weiter zu schreiben ... the future is still unwritten.
Was aber schon vor Beginn des Prozesses klar war: Die Klage hat nicht dazu geführt, dass Menschen sich keine Blockadeaktionen von Kohleinfrastruktur oder auch nur von Kraftwerken mehr trauen: Im Herbst 2018, während der Räumung im Hambi, wurde das Kraftwerk Niederaußem (auch RWE) blockiert und stark ge-

Wie weiter?

drosselt. 2019 folgten Blockadeaktionen in Steinkohlekraftwerken in Karlsruhe (EnBW), Rotterdam (Engie), Mannheim (GKM) und Lünen (Trianel/Uniper). In dem Moment, in dem wir diese Zeilen schreiben, besetzen Aktivist*innen das Steinkohlekraftwerk Datteln 4. Solange Kohlekraftwerke und Kapitalismus nicht endgültig Geschichte sind, werden Menschen sich nicht nehmen lassen, ihren Betrieb zu stören. Und zwar überall.

Love and Rage,
eure
We don't shut up!





Wenn ihr Lust auf mehr Infos habt, klickt doch mal auf unsere Homepage:

wedontshutup.org

Oder folgt uns auf Twitter:

@we_shut

Wenn ihr Lust habt, uns zu einem Vortrag einzuladen oder sonst wegen etwas mit uns Kontakt aufnehmen wollt, schreibt gerne (auch verschlüsselt) an:

wedontshutup@riseup.net

WE DON'T SHUT UP
WE SHUT DOWN

WE DON'T SHUT UP
WE SHUT DOWN

www.wedontshutup.org
wedontshutup@riseup.net